

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben

Die Erstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1997 erfolgte gemäß § 86 WStV und der Haushaltsordnung (MD-2349-1/85, MD-1624-1/87 und MD-1588-1/89). Er wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 16. - 18. Dezember 1996 genehmigt. Bei der Festlegung der Einnahmen- und Ausgabenpositionen wurde einerseits auf das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres und andererseits auf die Vereinbarung von Bund, Ländern und Gemeinden über einen Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte zur Einhaltung der sogenannten „Maastricht-Kriterien“ Bedacht genommen.

Unter diesen Voraussetzungen sah der Voranschlag 1997 folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

	Schilling
Einnahmen	122.993,787.000 S
Ausgaben	132.986,250.000 S
Abgang.....	9.992,463.000 S

Damit konnte zum Voranschlag 1997 das als Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vorgegebene „Maastricht-Defizit“ mit einem Wert von 4.497 Millionen Schilling eingehalten werden.

Die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen zeigt folgende Übersicht:

	Schilling	Anteil in Prozent
Eigene Steuern und Abgaben	18.562,105.000	15,1
Ertragsanteile an den gemein- schaftlichen Bundesabgaben.....	35.337,000.000	28,7
Einnahmen aus Leistungen	20.881,594.000	17,0
Beiträge des Bundes für den Lehrerpersonalaufwand	7.076,811.000	5,8
Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse	10.818,154.000	8,8
Eigene Fremdmittelaufnahmen	4.348,758.000	3,5
Fremdmittelaufnahmen für Dritte	119,827.000	0,1
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	155,951.000	0,1
Sonstige Einnahmen	25.693,587.000	20,9
Summe	122.993,787.000	100,0

Eine Gliederung der Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabegruppen zeigt die nachstehende Tabelle:

	Schilling	Anteil in Prozent
Leistungen für das Personal	33.921,565.000	25,5
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	8.362,342.000	6,3
Instandhaltungsaufwand	8.066,128.000	6,1
Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung.....	9.215,762.000	6,9
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	119,827.000	0,1
Eigener Schuldendienst	9.197,301.000	6,9
Schuldendienst für Dritte.....	155,951.000	0,1
Investitionen, Investitionsbeiträge und sonstige Kapitaltransfers	16.826,716.000	12,7
Sonstige Ausgaben	47.120,658.000	35,4
Summe	132.986,250.000	100,0

Der prozentuelle Anteil der Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstiger Ruhebezüge an den Gesamtausgaben sank gegenüber dem Jahr 1996 um 0,7 Prozent auf 31,8 Prozent.

Für den eigenen Schuldendienst waren 9.197 Millionen Schilling vorgesehen, das ist um 1.199 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Hauptgrund für diesen Anstieg war sowohl ein vermehrter Tilgungs- als auch Verzinsungsaufwand für Auslandsanleihen. Der prozentuelle Anteil dieser Ausgabengruppe stieg von 6,2 Prozent auf 6,9 Prozent. Für Tilgungen waren insgesamt 6.595 Millionen Schilling (gegenüber 5.601 Millionen Schilling für 1996) und für die Verzinsung 2.602 Millionen Schilling (Vorjahr: 2.397 Millionen Schilling) vorgesehen.

Der Schuldendienst für Dritte, der zur Gänze ersetzt wird, sank insgesamt um rund 1 Milliarde Schilling auf 156 Millionen Schilling (Vorjahr: 1.156 Millionen Schilling).

Bei den Investitionen, Investitionsbeiträgen und Kapitaltransfers ergab sich im Vergleich mit dem Vorjahr ein nomineller Anstieg um 496 Millionen Schilling auf 16.827 Millionen Schilling, womit der hohe Investitionsrahmen der letzten Jahre weiterhin gehalten wurde.

Die sonstigen Ausgaben stiegen nominell um 2.454 Millionen Schilling und erreichten 47.121 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben betrug 35,4 Prozent (Vorjahr 34,6 %). Dieser Anstieg ist vor allem auf die Beitragsleistung an den Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds mit 2.684 Millionen Schilling zurückzuführen.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 23. bis 24. Juni 1997 genehmigte Rechnungsabschluß für das Jahr 1996 ergab bei Gesamteinnahmen von 129.597 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 135.172 Millionen Schilling einen Abgang von 5.575 Millionen Schilling. Zur Deckung des Abganges wurden 5.184 Millionen Schilling aus Fremdmittelaufnahmen und der restliche Fehlbetrag von 391 Millionen Schilling aus einer Rücklagenentnahme aus der Sonderrücklage „Vorzeitige Fremdmittelaufnahmen zur Deckung künftiger Abgänge“ herangezogen.

Der Voranschlag 1998 rechnet bei Gesamteinnahmen von 126.009 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 135.756 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 9.747 Millionen Schilling, d.s. 7,2 Prozent der Gesamtausgaben. Das sogenannte Maastricht-Defizit, in welchem beispielsweise Schuldentilgungen keine Berücksichtigung finden, beläuft sich auf 4.072 Millionen Schilling. Es liegt damit unter dem in der Grundlage für die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung des insgesamt zulässigen Maastricht-Defizites errechneten Wert. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag künftiger Verwaltungsjahre zu veranschlagen.

Einer im Rahmen des 2. Budgetbegleitgesetzes 1997 verabschiedeten Novelle zum Finanzausgleichsgesetz 1997 gingen intensive Beratungen der Finanzausgleichspartner voraus. Schwerpunkte waren das weitere Schicksal der Landwirtschaftsförderung, die Beteiligung der Länder und Gemeinden an den aus steuerlichen Maßnahmen des Bundes erfließenden Mehreinnahmen, die finanziellen Auswirkungen der geplanten Bundesstaatsreform und die Änderungen beim Katastrophenfonds. Auch wurden Vorarbeiten für die Schaffung eines einheitlichen Aufteilungsschlüssels für alle Ertragssteuern geleistet. Die auf die Gemeinden Bezug habenden Aspekte wurden auch in der Finanzkommission des Österreichischen Städtebundes ausführlich behandelt.

Sowohl im externen als auch im internen Bereich brachten die Vorbereitungen der Euro-Einführung einen neuen Schwerpunkt, wobei der Abteilung die Leitung der Arbeitsgruppe „Budget und Haushaltswesen“ übertragen wurde.

Generell haushaltsrechtliche Grundsätze für die Euro-Umstellung wurden, basierend auf dem Aktionsplan des Bundes, im Arbeitskreis des Österreichischen Städtebundes für das Gemeindehaushaltswesen behandelt und eine Unterlage für die weitere Behandlung im Voranschlags- und Rechnungsabschlußkomitee verabschiedet, deren Hauptpunkt darin besteht, daß eine Umstellung der Länder- und Gemeindehaushalte auf den Euro erst mit dem Jahr 2002 vorgenommen werden und der Schilling generell bis 31. Dezember 2001 die Verrechnungseinheit bilden soll, unabhängig von der Möglichkeit, schon früher Überweisungen in Euro zu tätigen.

Um die Einhaltung des Meldetermines 15. Februar für das vorläufige Ergebnis des abgelaufenen Jahres an das Finanzministerium gewährleisten zu können, wurden durch eine Änderung der Haushaltsordnung verschiedene Ausnahmeregelungen beseitigt und das Einlangen der geprüften Rechnungen in den Buchhaltungsabteilungen im Rahmen des Auslaufmonats generell mit 31. Jänner befristet.

Bei der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden die Arbeiten im Industriepark Nord schwerpunktmäßig fortgesetzt. Im Gewerbepark Stadlau konnte die zweite Ausbaustufe in Angriff genommen werden. Mit diesen Aufschließungsmaßnahmen können ca. 15 Betriebe angesiedelt und rund 700 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich am 13. November 1996 über den Text einer Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften geeinigt. Bei der Unterzeichnung im Dezember 1996 war gleichzeitig das Einvernehmen darüber hergestellt worden, daß die Inhalte des Konsultationsmechanismus politisch bereits ab November 1997 als vereinbart gelten und gehandhabt werden sollen. Es ist daher seit damals bei jedem legislativen Vorhaben des Bundes zu prüfen, ob im Falle dessen Verwirklichung für die Stadt Wien zusätzliche Ausgaben - einschließlich zusätzlicher Personalkosten - anfallen und daher Verhandlungen mit dem Bund unter Berufung auf die Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus verlangt

werden müssen. Es ist somit im Bereich der Abteilung zu einer massiven Ausweitung der Gesetzesbegutachtungstätigkeit gekommen.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung einer neuen Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds, die mit 1. Jänner 1998 einzurichten war und in welche die bislang in der Gruppe „Spitalsfinanzierung“ in der Abteilung abgedeckten Agenden zu überführen waren, wurden die erforderlichen Vorarbeiten durchgeführt.

Im Bereich der Revisionsstelle der Abteilung wurden im Jahre 1997 insgesamt rund 34.400 Abgabenprüfungen durchgeführt. Der fiskalische Erfolg dieser Überprüfungen beträgt insgesamt rund 433 Millionen Schilling.

Im Rahmen der gemeinsamen Aktion der Stadt Wien mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (U-Bahnhilfsaktion) wurden diverse Ansuchen von Gewerbetreibenden, die sich durch den U-Bahn-Bau in ihrer Existenz bedroht sahen, überprüft und entsprechende Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Die Tätigkeit des Referates 3-Budgetkontrolle und Kollaudierung umfaßte insgesamt rund 460 Baustellen, wobei etwa 14.600 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 10 Milliarden Schilling geprüft wurden. Dabei wurden Einsparungen in Höhe von rund 720 Millionen Schilling erzielt.

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 12. April 1997, Zl. G 400/96-35 und G 44/97-23, die im § 8 Z 1 des Kommunalsteuergesetzes beinhaltete Steuerbefreiung der Österreichischen Bundesbahnen als verfassungswidrig aufgehoben.

Hinsichtlich der Besteuerung von Urlaubsentschädigungen und Urlaubsabfindungen hat der Verwaltungsgerichtshof mit Erkenntnis vom 28. Oktober 1997, Zl. 97/14/0045, die von der Abteilung vertretene Rechtsansicht, daß Urlaubsentschädigungen und Urlaubsabfindungen der Kommunalsteuer unterliegen, bestätigt.

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen

Wichtige Veränderungen sind in der Gesetzgebung, wie folgt, eingetreten:

BGBL. Nr. 59/1997 (ausgegeben am 19. Juni 1997)

Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird (Wasserrechtsgesetznovelle Deponien)

BGBL. Nr. 74/1997 (ausgegeben am 11. Juli 1997)

Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 und das Hydrographiegesetz geändert werden (Wasserrechtsgesetz-Novelle 1997 - WRG-Novelle 1997)

BGBL. Nr. 96/1997 (ausgegeben am 14. August 1997)

Bundesgesetz, mit dem das Umweltförderungsgesetz, das Wasserbautenförderungsgesetz 1985 sowie das Altlastensanierungsgesetz geändert werden

BGBL. Nr. 111/1997 (ausgegeben am 22. August 1997)

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000

BGBL. Nr. 130/1997 (ausgegeben am 28. November 1997)

2. Budgetbegleitgesetz 1997

LGBL. für Wien Nr. 2/1997 (ausgegeben am 20. Jänner 1997)

Verordnung der Wiener Landesregierung über die Förderung der Errichtung von Wohnhäusern, Wohnungen, Heimen, Eigenheimen und Kleingartenwohnhäusern im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989; Änderung

LGBL. für Wien Nr. 9/1997 (ausgegeben am 18. März 1997)

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000

LGBL. für Wien Nr. 13/1997 (ausgegeben am 25. April 1997)

Wiener Krankenanstaltengesetz 1987; Änderung

LGBL. für Wien Nr. 16/1997 (ausgegeben am 12. Juni 1997)

Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Förderungen im Rahmen des II. Hauptstückes des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (Sanierungsverordnung 1997)

Bezirksbudgets

Für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, standen im Verwaltungsjahr 1997 rund 1.070 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar rund 835 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Kommunalsteuer und 235 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Dienstgeberabgabe (für die Errechnung der Höhe der Bezirksmittel sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Verwaltungsjahres heranzuziehen, für die Bezirksmittel 1997 also die Aufkommen des Jahres 1995).

Daneben wurden den Bezirken auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 24. Mai 1996 im Jahre 1997 - wie in den vorangegangenen Jahren - 80 Millionen Schilling für die bauliche Instandhaltung der Kindertagesheime und der allgemeinbildenden Pflichtschulen bereitgestellt. Allerdings können die Bezirke diese zusätzlichen Mittel nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie für solche bauliche Instandhaltungsmaßnahmen ein festgelegtes Mindestmaß aus eigenen Bezirksmitteln aufwenden.

Die Bezirksrechnungsabschlüsse 1996 wurden Mitte März des Berichtsjahres erstellt. Diese zeigten, daß bei Bezirksmitteln von rund 1.049 Millionen Schilling Ausgaben (für Vorhaben) von rund 1.201 Millionen Schilling getätigt wurden. Obwohl dies jahresbezogen einen Abgang von rund 152 Millionen Schilling bedeutet, wies die Bezirksrücklage für insgesamt 18 Bezirke mit Stichtag 31. Dezember 1996 einen Rücklagenstand von rund 266 Millionen Schilling aus - resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln der Vorjahre, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Allerdings mußten 5 Bezirke zum Bezirksrechnungsabschluß 1996 einen Vorgriff von insgesamt rund 7,8 Millionen Schilling tätigen.

Im September 1997 hat der Wiener Landtag eine Ausweitung mit 1. Jänner 1998 jener Angelegenheiten beschlossen, die in die budgetäre Eigenverantwortung der Bezirke fallen. In weiterer Folge hat der Gemeinderat eine neue Verordnung über die Festlegung und über die bezirksweise Aufteilung der durch die Organe der Bezirke verwalteten Haushaltsmittel (Bezirksmittelverordnung) beschlossen.

Solchermaßen stehen den Bezirken im Jahre 1998 Mittel in der Höhe von rund 1.871 Millionen Schilling für die in ihre finanzielle Verantwortung übertragenen Angelegenheiten zur Verfügung.

Finanzwirtschaft

Geld- und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 1997 wurden auf Grund der beschlußmäßigen Ermächtigungen des Gemeinderates seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktionen durchgeführt:

300 Millionen DEM - Anleihe 1997 - 2003 mit anschließenden SWAP in den CHF
150 Millionen CHF - Anleihe 1997 - 2003 (öffentliche Anleihe)

Diese Transaktionen erbrachten einen Gesamtbetrag von rund 3,34 Milliarden Schilling.

Wohnbau

Im Jahre 1997 wurden zur teilweisen Finanzierung des städtischen Wohnhausneubaues Hypothekendarlehen in der Höhe von S 201,001.200 aufgenommen, wovon ein für die Baufinanzierung erforderlicher Anteil von zwei Dritteln der Darlehen, das sind S 134,000.800 zuzählbar sein wird.

Im Bereich WWFSG 1989 Neubau Art. II BGBL.Nr. 32/1992 Nachträge zu ehemaligen Landesdarlehen wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von S 11,067.700 aufgenommen.

Die Zuzählungen für den Wohnhausneubau lassen sich folgendermaßen darstellen:

WWFSG 1989 - Neubau Kletterdarlehen	1.148,058.800 S
WWFSG 1989 - Art. II - Vordarlehen Landesdarlehen	25,104.200 S
WBF 84	1,213.200 S

Nach Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes - WWFSG 1989 konnten heuer wieder WBF 1968 Darlehen konvertiert werden. Dies bedeutet, daß die Konditionen der Hypothekendarlehen, die gemäß den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 aufgenommen wurden und für die keine Annuitätzuschüsse seitens des Landes Wien mehr geleistet werden, so geändert werden, daß

1. die Verzinsung von antizipativ auf dekursiv umgestellt wird
2. ab dem Zeitpunkt der Umstellung der Zinssatz gemäß § 2 Abs. 3 Z 4 der Verordnung LGBl. für Wien Nr. 44/1994 zum WWFSG 1989 höchstens 0,5 Prozent über der Sekundärmarktrendite des vorangegangenen Jahres für Anleihen im weiteren Sinne liegt und

3. die neue Laufzeit des Darlehens laut § 10 der Verordnung LGBl. für Wien Nr. 44/1994 mit 25 Jahren festgesetzt wird.

Insgesamt wurden somit im Jahre 1997 Darlehen in der Höhe von S 555,103.650,64 konvertiert.

Wohnhaussanierung

Im Sanierungs- und Instandhaltungsbereich wurde im Jahre 1997 von der Abteilung insgesamt S 1.072,202.088 an Darlehen aufgenommen, die Zuzählung in diesen Bereichen betrug S 1.011,703.335.

Für die Einzelverbesserungen - den nachträglichen Fernwärmeanschluß von Wohnungen betreffend - wurden Darlehen in Höhe von S 176,054.000 aufgenommen und mit gleicher Valuta zugezählt.

Für einen Umbau im Rahmen der Wohnhaussanierung 1984 wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von S 22,043.550 aufgenommen. Die Zuzählung in diesem Bereich betrug S 24,511.900.

Bürgschaften

Im Jahre 1997 wurden auf Grund entsprechender organmäßiger Genehmigungen folgende Bürgschaften übernommen: Im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 in 34 Fällen einschließlich Nachtragsdarlehen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von S 60,221.000 und im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, in 97 Fällen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von S 266,225.295.

Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Im Rahmen dieser im Jahre 1989 ins Leben gerufenen Aktion wurden im Rechnungsjahr 1997 für 808 Antragsteller S 44,086.419, das sind 96 Prozent der vom Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern in Wien den Eigentümern vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer, und für 125 Antragsteller S 5,418.355, das sind vorerst - auf Grund der Vorlage des Anwartschaftsvertrages - 86 Prozent der vom Finanzamt den Eigentümern vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer, ausbezahlt.

Insgesamt kamen im Rechnungsjahr 1997 im Rahmen der Aktion S 49,504.774 für 933 Antragsteller zur Auszahlung.

Vier im Rahmen dieser Aktion eingereichten Objekte konnten 1997 endabgerechnet werden.

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

a) Bundesförderung gemäß Wasserbauten- bzw. Umweltförderungsgesetz:

Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten auf Grund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlußzuzählungen für Investitionen der MA 30 und 31 in einer Höhe von rund 16 Millionen Schilling lukriert werden.

Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 1997 29 neue Projekte der Fachdienststellen mit Baukosten von rund 683 Millionen Schilling eingereicht und 14 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rund 52 Millionen Schilling angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätzuschüssen konnten nach dem neuen Förderungssystem rund 43 Millionen Schilling vereinnahmt werden.

b) Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft

Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 1997 14 Darlehen, die zur Erlangung von Bauzinsen- bzw. Annuitätzuschüssen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie den dazugehörigen Förderungsrichtlinien - Siedlungswasserwirtschaft aufgenommen werden müssen, von über 528 Millionen Schilling zugesagt werden. Auf Grund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 1997 rund 379 Millionen Schilling und somit insgesamt bereits mehr als 1,9 Milliarden Schilling an Darlehensbeträgen ausbezahlt.

2. Altlasten

1997 wurde nicht nur das Altlastensanierungsgesetz geändert, sondern auch neue Förderungsrichtlinien erlassen. Die neuen Förderungsrichtlinien sehen eine stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzips vor. Weiters ist eine Neuregelung für Wettbewerbsteilnehmer nach den Vorgaben des EU-Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen enthalten.

Insgesamt wurden 1997 rund 12,8 Millionen Schilling an Förderungsmittel zugezählt.

Katastrophenfonds

Zur Abdeckung der durch das Hochwasser im Sommer 1997 in Wien eingetretenen Schäden gewährt das Land Wien gemäß des Beschlusses der Wiener Landesregierung vom 5. August 1997, Pr.Z. 1153/97-MDBLTG, einen Kostenbeitrag in Höhe von 25 Prozent der festgestellten Schäden, die nicht durch eine Versicherung abgedeckt sind.

Für den im Jahre 1997 ausbezahlten Kostenbeitrag gemäß § 3 Ziffer 3 Katastrophenfondsgesetz 1996 in Höhe von S 376.380 wurde bereits der 60prozentige Anteil des Bundes (das sind S 225.828) refundiert.

Krankenanstaltenfinanzierung

Mit 1. Jänner 1997 erfolgte die Umstellung der Krankenanstaltenfinanzierung auf die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung. Organisatorisch wurde diese Finanzierung vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, der per 31. Dezember 1996 ausgelaufen ist, auf Landesfonds, in Wien auf den Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds übertragen.

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden im Jahr 1997 für die städtischen Spitäler nur mehr die Dezemberrate 1996 sowie Zwischenabrechnung 1996 für Betriebs- und sonstige Zuschüsse und Investitionszuschüsse, eine Jahresausgleichszahlung, Kostenersätze für Leistungen der Organgewinnung, sowie Strukturreformmittel in Höhe von insgesamt rund S 1.450.000.000 angewiesen.

Auch die Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten wird auf Grund der erwähnten Umstellung in Hinkunft, beginnend mit dem Rechnungsabschluß 1997, vom Wiener Krankenanstalten Finanzierungsfonds abgewickelt werden.

Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Im Jahr 1997 wurde den Rechtsträgern des St. Josef-Krankenhauses, des Krankenhauses St. Elisabeth, des Hartmannspitals, des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern, des Herz Jesu-Krankenhauses und der Krankenanstalt des Göttlichen Heilandes sowie des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder die vertraglich vereinbarten Akontozahlungen in Höhe von insgesamt 64,4 Millionen Schilling geleistet. Für Nachzahlungen, die auf Grund der Differenz zwischen den Akontoleistungen und den geprüften Betriebsabgängen aus dem Jahr 1996 entstanden, wurden rund 6,5 Millionen Schilling angewiesen.

Gleichzeitig wurden mit den Vertretern der Ordensspitäler Verhandlungen über eine Adaptierung beziehungsweise Neufassung der bestehenden Vereinbarungen unter Berücksichtigung der seit 1. Jänner 1997 bestehenden neuen Form der Krankenanstaltenfinanzierung geführt.

Fonds

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der von den Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem Wiener Integrationsfonds Barmittel in Höhe von 70 Millionen Schilling und dem Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds Barmittel in Höhe von 125 Millionen Schilling im Wege von Nachdotationen zugeführt.

Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der Abteilung werden vor allem private Organisationen und Einrichtungen gefördert, die sich mit sozialen Projekten und Aufgabenstellungen befassen, insbesondere mit dem Bereich der Krankenpflege und Nachbarschaftshilfe, der Hilfe und Betreuung von Behinderten, allgemeiner Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe usw.

Herauszuheben sind beispielsweise die Tragung der Geschäftsstellenkosten des Fonds „Kuratorium Wiener Jugendheime“ und die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Behinderte - neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen - sowie von Projekten der im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not zusammengefaßten Organisationen.

Darüber hinaus werden wirtschafts- und berufsfördernde Organisationen (so z.B. der Wiener Zuwandererfonds bezüglich der Geschäftsstellenkosten) und wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Wien wurden auch 1997 mehrere Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Frauen gefördert. Die Wiener Landwirtschaft wurde im Rahmen der neustrukturierten Förderung mit EU-kofinanzierten und nationalfinanzierten Spartenförderungsmaßnahmen unterstützt, wozu noch die bisherigen Zuschüsse für den Kammerbetrieb der Wiener Landwirtschaftskammer kamen.

Des weiteren ist die Förderung des Ausbaues von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien hervorzuheben.

In den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Finanzen und Wirtschaftspolitik und des Gemeinderates, welche Organe verfassungsmäßig für die Genehmigung von Förderausgaben der Finanzverwaltung zuständig sind, wurden Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 273,08 Millionen Schilling bewilligt, wovon auf die Förderung von Investitionsvorhaben rund 78,97 Millionen Schilling entfielen.

Auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und

zahl erfolgversprechender junger Unternehmen von besonderer Bedeutung. Daher gewährt die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Wien Zuschüsse an Unternehmer, die beabsichtigen, zur erstmaligen selbständigen Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit in Wien ein Unternehmen zu gründen.

Im Rahmen dieser neugeschaffenen Aktion konnten im Jahre 1997 bereits 42 Fälle mit einem Förderungsvolumen von S 6,008.800 positiv erledigt werden.

4. Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurde im Jahre 1993 die Innovationsförderungsaktion zu einer „Wiener Innovations- und Technologieförderung“ modifiziert. Im Rahmen dieser neuen Aktion wurden im Jahre 1997 21 Fälle mit einem Gesamtbetrag von S 48,872.600 positiv erledigt. Davon entfallen auf die einzelnen Projektphasen folgende Beträge:

Forschung + Entwicklung	45,685.900 S
Wirtschaftliche Umsetzung	3,186.700 S

5. Auch im Zuge der Förderung im Rahmen der Wiener Kleinbetriebezuschußaktion war eine rege Investitionstätigkeit festzustellen. Es gelangten 491 Förderungszuschüsse in Höhe von insgesamt S 34,420.420 zur Auszahlung, die sich in Investitionsförderung mit S 24,694.722, Neugründungsförderung mit S 808.363, Nahversorgungsförderung mit S 6,967.044 und Jungunternehmerförderung mit S 1,950.291 gliedern. Das gesamte Investitionsvolumen inklusive der Bundesförderung betrug für das Jahr 1997 423,42 Millionen Schilling.

Neben den genannten Förderungsaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

– Der Firma Georg Coch-Platz Tiefgaragen Bau- und Betriebsgesellschaft Breiteneder & Co wurde zur Errichtung einer Tiefgarage in 16, Herbststraße 101 (Pirquethof), mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 24. April 1997, Pr.Z. 48/97-GFW, ein Investitionszuschuß in Höhe von maximal S 6,825.000 gewährt.

– Zur Errichtung einer mechanischen Garage in 7, Wimberggasse 40, wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 29. September 1997, Pr.Z. 105/97-GFW, der Firma Park Tec Parkgaragen Technik GmbH. ein Investitionszuschuß in Höhe von maximal S 5,000.000 gewährt.

– Mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 18. Dezember 1997, Pr.Z. 152/97-GFW, wurde zur Unterstützung der Umsetzung des Projektes „Virtueller Technologiepark - ressourcenschonendes Bauen“ ein Zuschuß in der Höhe von maximal S 3,000.000 gewährt.

Sektorplanförderung

Bei der Sektorplanförderung handelt es sich um eine gemeinsame Maßnahme der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes und des jeweiligen Bundesland, die Investitionen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützt.

- Der Firma Gustana Menüservice GmbH. wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 22. April 1997, Pr.Z. 0631/97-MDPLTG, ein Zuschuß von S 6,200.000 (Anteil Land: S 1,802.960/Bund: S 2,704.440/EU: S 1,692.600) zur Anpassung an EU-Normen am Standort Großgrünmarkt Inzersdorf gewährt.
- Der Firma Raiffeisen Ware Austria GmbH. wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 11. November 1997, Pr.Z. 1514/97-MDBLTG, ein Zuschuß für den Bereich Getreide in Höhe von S 18,288.000 (Anteil Land: S 5,318.150/Bund: S 7,977.226/EU: S 4,992.624) und für den Bereich Saatgut in Höhe von S 2,956.000 (Anteil Land: S 859.605/Bund: S 1,289.407/EU: S 806.988) zur Einführung einheitlicher Warenwirtschaftssysteme in den Bereich Getreide und Saatgut zuerkannt.
- Der Firma Pöhl OHG wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 16. Dezember 1997, Pr.Z. 1814/97-MDBLTG, ein Zuschuß von S 1,910.000 (Anteil Land: S 555.428/Bund: S 833.142/EU: S 521.430) für bauliche und maschinelle Investitionen zur Erlangung der EU-Zulassung im Fleischverarbeitungsbereich gewährt.
- Der Firma Cerny Fischhandels GmbH. wurde nach dem Fischereistrukturplan mit Beschluß der Landesregierung vom 22. April 1997, Pr.Z. 0632/97-MDPLTG, ein Zuschuß in Höhe von S 6,871.551 (Anteil Land: S 1,933.551/Bund: S 2,900.000/EU: S 2,038.000) zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte gewährt.

Zinsfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser - im gesundheits-, umwelts- und sozialpolitischen Interesse gelegenen - Aktion kann die Stadt Wien zinsfreie Darlehen für die Dauer von fünf Jahren gegen grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluß bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren.

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Rechnungsjahr 1997 fünf Ansuchen positiv erledigt, für die insgesamt S 371.576,67 zugezählt wurden.

Es wurde eine leichte Steigerung der Anträge verzeichnet, da das Kleingartengesetz mit 1. Jänner 1997 wie folgt geändert wurde:

„Von Baulichkeiten im „Grünland - Erholungsgebiet - Kleingartengebiet“ sowie „Grünland - Erholungsgebiet - Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen“ müssen alle Schmutzwässer unterhalb der Verkehrsfläche in den Kanal eingeleitet werden, wenn ein einzelner Kleingarten oder eine Kleingartenanlage von einem bei der Bauführung bereits bestehenden Straßenkanal ohne Verbindung über eine andere Liegenschaft nicht mehr als 30 m entfernt ist.“

Ersatzvornahmen

Der Abteilung obliegt es auf Grund der jeweiligen Rechtsgrundlage in Zusammenarbeit mit der MA 6 - Erhebungs- und Vollstreckungsdienst, der MA 6 - Buchhaltungsabteilung 2 und 5, der Magistratsdirektion - Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und den Magistratischen Bezirksämtern (Erstellung der Kostenbescheide), die Erledigung der Ersatzvornahmen durchzuführen.

Im Rechnungsjahr 1997 wurden 61 neue Verstöße gegen die Reinhaltverordnung bearbeitet. Insgesamt wurden S 620.092,31 zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt und der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. S 559.863,55 konnten auf der Einnahmeseite als einlangende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 1996 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von S 1.715.291,02. Nach Hinzurechnung von S 620.092,31 an Ausgaben und Abzug von S 559.863,55 an Einnahmen ergibt sich für 1997 ein Saldo in der Höhe von S 1.775.519,78.

Rechnungsamt

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einführung des Euro wurden einzelne Mitarbeiter in die Arbeitsgruppen „Verwaltung“ bzw. „Budget und Haushaltswesen“ entsandt. Im Zuge des Begutachtungsverfahrens mußte zu Euro-relevanten Rechtsnormen (z.B. doppelte Preisauszeichnung) Stellung genommen werden. Auch eine Reihe von Dienstvorschriften (Haushaltsordnung, Kassenvorschrift, Buchführungsvorschrift) mußte „Euro-gerecht“ abgeändert werden.

Des weiteren wurde ein detaillierter Aufgabenkatalog hinsichtlich der erforderlichen Umstellungserfordernisse hinsichtlich Haushaltsverrechnung, Zahlungsverkehr, Rechnungslegung usw. erstellt. Auch die Logistik bezüglich des erforderlichen Bargeldumtausches wurde überdacht.

Nicht zuletzt wirkten Mitarbeiter des Rechnungsamtes an Informationsveranstaltungen für die Euro-Beauftragten der einzelnen Dienststellen mit. Aber auch abteilungsinterne Schulungsveranstaltungen wurden abgehalten.

Das Berichtsjahr war für die Buchhaltungsabteilungen wieder durch eine Reihe von neuen Aufgaben und Aufgabenerweiterungen gekennzeichnet:

Die Leistungsbezogene Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) hat die Schaffung neuer Programme und die Einrichtung einer die Fonds-Interessen wahrnehmenden Gruppe erforderlich gemacht.

Das Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfengesetz hat EDV-mäßige Vorkehrungen notwendig gemacht und Belastungen für alle unecht von der Umsatzsteuer befreiten Bereiche mit sich gebracht.

Die zahllosen Prüfungen durch Kontrollamt, Wirtschaftspolizei, Rechnungshof und vor allem durch das Finanzamt für Körperschaften im Zuge der Großbetriebsprüfung haben die Buchhaltungsabteilungen beträchtlich belastet.

Hervorzuheben ist die Doppelbelastung im Zuge der Voranschlagserstellung, wo unter erhöhtem Termindruck die Mittelanmeldung für zwei Verwaltungsjahre (1998 und 1999) zu bewältigen waren.

Die weitere Dezentralisierung des Wiener Wohnens hat umfassende organisatorische und EDV-bezogene Schritte notwendig gemacht.

Für die weitere Bezirksdezentralisierung mußten aufwendige EDV-Lösungen in Angriff genommen werden.

Auf dem Sektor der Dokumentation und Anpassung der Vorschriften wurden beachtliche Fortschritte erzielt. Die Buchführungsvorschrift wurde komplett überarbeitet und beim Büro des Magistratsdirektors zur Veröffentlichung in Form eines Erlasses beantragt. An den Änderungen der Haushaltsordnung und an der neuen Kassen- und Verlagsvorschrift wurde verantwortlich und federführend mitgearbeitet.

Zu zahlreichen Stellungnahmen und Gutachten wurde die fachliche Ansicht des Buchhaltungsdienstes eingeholt. Einige Mitarbeiter des Buchhaltungsdienstes wurden als Rechnungsprüfer in Gremien entsendet.

Weitere Mitarbeiter des Buchhaltungsdienstes waren im Auftrag der MD-VA bei zahlreichen Einzelveranstaltungen als Vortragende sowie bei Dienstprüfungskursen und bei sonstigen Schulungen tätig.

Die Mehraufgaben konnten durch EDV-Rationalisierungserfolge abgedeckt werden. Ausschlaggebend hierfür sind die überaus effizienten Leistungen der Programmierergruppen der Zentralbuchhaltung. Dank ihrer fachlichen Kompetenz konnten problemangepaßte Lösungen eingesetzt werden, die bei bedeutendem Qualitätsgewinn Personaleinsparungen möglich gemacht haben. Die erfolgreichsten EDV-Produkte waren der nunmehr flächendeckende Einsatz von REBLAUS (Rechnungs- und Belegaufzeichnungssystem), der Ausbau von EVA (Einnahmenverrechnung mit Abstattungsautomatik), die Gerichtsdatenleitung, der Ausbau des Controlling-Reports im Rahmen des CAT

(Controlling-Auswertungen, tabellengesteuert), der weitere Einsatz von KNAST (Kostenrechnung mit Nachweisung der Kosten -Art, -Stelle und -Träger) und erste Einbauten von Euro-Umrechnungsmodulen.

Die Buchhaltungsabteilung 1 hat mit dem neuen Bereich „Städtekontakte und Partnerschaften“ wesentliche zusätzliche Aufgaben übernommen. Der Einsatz des WIPIS für Landeslehrer hat einen entsprechenden Umstellungsaufwand ausgelöst. Der Bedarf nach betrieblichen Controllingwerkzeugen wächst auch bei Hoheitsdienststellen und wirkt sich gerade in den Buchhaltungen mit Sammelansätzen in einer ungeheuren Vermehrung der Buchungen durch den stark zunehmenden Detaillierungsgrad aus.

Die Buchhaltungsabteilung 2 hat mit der Einrichtung der Gruppe WIKRAF die Abrechnung der Spitalsleistungen an Hand des vom Bund vorgegebenen Scoringprogrammes (Prüfungs- und Bewertungsprogramm) ermöglicht. Diese Dienstleistungsaufgabe für den Fonds wird von diesem voll finanziert.

Die Buchhaltungsabteilung 3 wurde unter anderem mit der Einführung von Taxiverlägen für die Bezirksvorsteher zusätzlich belastet. In Erfüllung betrieblicher Anforderungen für die Modeschule und die Büchereien wurde das EDV-System HANSY (Haushaltsverrechnung- Anlagennachweissystem) eingeführt. Ein Vertreter wurde in das Projekt PUMA (Umweltmanagement) entsendet. Hervorzuheben ist die koordinierende und regelnde Funktion des Leiters im Rahmen seiner Sonderaufgaben auf dem Gebiet des mehrmals geänderten Arbeits- und Sozialversicherungsrechts (Werkvertragsregelung).

Die Buchhaltungsabteilung 4 konnte durch gezielte Rationalisierungsmaßnahmen und Einsatz neuer EDV-Werkzeuge, wie UHU (Universelle Haushaltsbuchführung auf UNIX), zwei Mitarbeiter einsparen, obwohl auch hier der Wunsch nach detaillierten Aussagen zu einer tieferen Gliederung und damit zu mehr Buchungen geführt hat.

Die Buchhaltungsabteilung 5 war von einer Reihe von Organisationsänderungen betroffen. Hervorzuheben ist die Übertragung (Privatisierung) der Verwaltung und Erhaltung der Autobahnen an die ASFINAG, wobei das Land Wien als echter Dienstleister unter anderem die Buchführung für die ASFINAG im Rahmen eines Werkvertrages zu vollziehen hat. Auch hier erfolgt der vollständige Ersatz der Personalkosten durch die ASFINAG. Die Installation einiger bewährter EDV-Werkzeuge durch die Operatoren der Buchhaltungsabteilung 5 führt nunmehr auch in den anordnungsbefugten Dienststellen zu Erleichterungen.

Die Buchhaltungsabteilung 6 bewährt sich als EDV-Test- und -Abnahme-Buchhaltung ausgezeichnet. Sie nutzt neue EDV-Werkzeuge daher auch als erste Dienststelle und unterstützt mit der daraus gewonnenen Erfahrung die Verbesserung der Programme. Im Berichtsjahr wurden erfolgreich die neue „Korrespondenzdatei“, das Gerichtsprogramm, SAUDI (System zur Aufzeichnung des Inventars) und HANSY eingesetzt, sowie die organisatorischen Voraussetzungen für die geplante Datenübermittlung bei Abschleppungen vorbereitet.

In der Buchhaltungsabteilung 7 wurde mit einer Zunahme von 6 Prozent ein überdurchschnittlicher Rechnungszuwachs verzeichnet. EVA wurde für die Vorschreibung und Einbringung der Einnahmen installiert. Die Leiterin wurde in einen Controller-Lehrgang der Wirtschaftsuniversität entsendet und mit der Sonderaufgabe „Einführung von Kostenrechnung und Controlling in Buchhaltungsabteilungen“ betraut.

Die Buchhaltungsabteilung 8 konnte durch die Umsetzung wirksamer Rationalisierungsmaßnahmen und Einsatz von Programmpaketen wie REBLAUS und EVA einen Dienstposten einsparen.

Die Buchhaltungsabteilung 9 ist in die Bestrebungen der MA 43 betreffend Ausbau des betrieblichen Rechnungswesens beratend und ausführend eingebunden. Die Anwendbarkeit von KNAST wurde untersucht. REBLAUS wurde erfolgreich eingeführt.

Die Buchhaltungsabteilung 10 war von der Umstellung der Krankenanstaltenfinanzierung sowohl als abrechnende Buchhaltungsabteilung für das AKH als auch als Organisations-, Programmierungs- und Betreuungsgruppe für alle Anstaltsbuchhaltungen betroffen. Darüber hinaus wurde mit einem Probelauf bei der Überrechnung der verrechenbaren Ambulanzleistungen begonnen. Bei REBLAUS wurden erste Versuche des Outsourcens gemacht.

Die Buchhaltungsabteilung 11 war insbesondere von den umfassenden Reformen des Wiener Wohnens betroffen (Wegfall der Hausinspektoren, Umstellung des Mieteninkassos, Übernahme der gerichtlichen Einbringung, weitere Dezentralisierung). Dazu war ein überdurchschnittliches Anwachsen der Zahl der Eingangsrechnungen um 6 Prozent, der Buchungen um 525.098 Sätze, sowie der Kundenbetreuung (417 Mieterinsichtnahmen, 28 Endabrechnungen, 119 manuelle Hauptmietzinsabrechnungen für § 18 Verfahren, 24 Darlehenskonvertierungen) zu verzeichnen. Die Einführung einer „echten“ Doppik mit Anlageverzeichnis usw. konnte EDV-unterstützt realisiert werden. Trotz Einführung moderner Werkzeuge wie KESCH (Kassen- Erfassungssystem mit chronologischer Journalführung), EVA und HANSY mußte ein Personalmehrbedarf aus Rationalisierungsgewinnen anderer Buchhaltungsabteilungen abgedeckt werden.

Die Buchhaltungsabteilung 12 war von der Privatisierung der Post-Telekom betroffen, da nunmehr, anstatt der vollautomatisierten Fernmeldegebührenüberrechnung über EDIFACT, mit den neuen Geschäftspartnern (Maximobil usw.) zunächst zur Papierrechnung zurückgekehrt werden mußte. Der Aufbau einer automatisierten Verrechnung mit den neuen Anbietern erfordert zusätzliche organisatorische Investitionen. Die Auflösung der MA 20, des Schlachtbetriebes, die Umorganisationen von MA 14 bzw. KAV-ADV sowie der MA 54 haben verrechnungsrelevante Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der betrieblichen Erfordernisse, auf die Buchhaltungsabteilung 12 gehabt.

Die Buchhaltungsabteilung 13 mußte das weitere Anwachsen der Verrechnung der Betreuungs- und Essens-

gelder in Ganztagschulen verkraften. Dabei ist die Menge einerseits infolge der Ausdehnung auf die 4. Klassen um 25 Prozent, andererseits die Zahl der Ganztagschulen auf nunmehr 74 gestiegen.

Eine weitere Belastung ist durch die Ausdehnung der Warenkorbverrechnung (pauschale Gelder für die eigenverantwortliche Verwendung durch die Schulen) entstanden. Die Anzahl der Belege beträgt bereits 83.000. Die Zahl der Eingangsrechnungen ist hier um 5 Prozent gestiegen.

Die Buchhaltungsabteilung 14 hat für den Bereich „Serviceeinheit Wäsche und Reinigung“ die Kostenrechnung KNAST erfolgreich eingeführt und für den Bereich der MA 70 die Einführung vorbereitet. Weiters ist es gelungen, im Bereich der MA 70 die Rückstandsverfolgung durch Nutzung des Gerichtsweges effizienter zu gestalten und im Rahmen des Datenaustausches mit der anordnenden Dienststelle eine beschleunigte Rechnungslegung zu erreichen.

Der Buchhaltungsabteilung 15 ist es gelungen, durch weitere Rationalisierungen, trotz Anwachsens des Rechnungsvolumens um 3 Prozent, einen Dienstposten einzusparen. In Hinblick auf die Einführung eines betrieblichen Rechnungswesens in der MA 49 wurde an beratenden Gesprächen teilgenommen, auch mußten diverse Beurteilungen und Gutachten abgegeben werden. Bei der MA 69 wurde SAUDI installiert.

Die Buchhaltungsabteilung 16 konnte durch weitere Rationalisierungsschritte, wie Einsatz von EVA für die Einnahmenverrechnung, einen Dienstposten einsparen. Die Transparenz und Aussagefähigkeit wurde durch zusätzliche Kontengliederungen erhöht.

Die Buchhaltungsabteilung 18 hat im Kaiserin-Elisabeth-Spital die bewährten Abfragewerkzeuge BIS und BES installiert und die Vorarbeiten für die Umstellung der Mietenverrechnung auf EVA abgeschlossen. Erste Versuche zur CD-Archivierung von Pflegegebührenakten sind erfolgreich verlaufen.

Die Buchhaltungsabteilung 19 hat die Datenüberleitung aus dem KIWI-Paket der Anstalt realisiert. Weiters wurden ZABF (Zentrale Abfrage) und REBLAUS auf mehreren Arbeitsplätzen des Wilhelminenspitals eingerichtet. Für die künftige Parkraumbewirtschaftung im Anstaltsareal wurden die verrechnungstechnischen Voraussetzungen geschaffen.

In der Buchhaltungsabteilung 20 war ein Rechnungszuwachs von über 5 Prozent festzustellen. Erstmals wurden die mit den Pflegeentgelten im Zusammenhang stehenden Belege elektronisch archiviert. Die Auswirkungen der unechten Umsatzsteuerbefreiung führten auch in diesem Bereich zu hohen zusätzlichen Belastungen.

Die Buchhaltungsabteilung 21 hat die automatische Übernahme der verrechenbaren Ambulanzleistungen getestet. Diese Anwendung könnte künftig auch in allen anderen Spitälern Erleichterung bringen. Durch Rationalisierungserfolge konnte ein Dienstposten eingespart werden.

Die Buchhaltungsabteilung 22 hat als weitere Dienstleistung die Abrechnung der Taschengelder (inklusive Sozialversicherung und Finanzamtsbestätigung) vom Krankenhaus Lainz übernommen. In Teilbereichen wurden erste Kostenstellen eingeführt. Für die Verrechnung der Krankengeschichten wurde EVA eingesetzt.

Die Buchhaltungsabteilung 23 hat Anstalten ihres Zuständigkeitsbereiches mit der Installierung von KESCH sowie zahlreichen Abfrageusern unterstützt. Die Anzahl der Eingangsrechnungen ist weit überdurchschnittlich um 15 Prozent gestiegen.

Die Buchhaltungsabteilung 24 hat einen Rechnungsanstieg um 9 Prozent und einen Anstieg der Aufnahmen um 12 Prozent zu verzeichnen. Die Buchhaltungsabteilung 24 wirkt sehr positiv an der Koordinierung der Spitalsbuchhaltungen mit.

Die Buchhaltungsabteilung 25 bewährt sich im Rahmen ihrer Sonderaufgabe außerordentlich bei der Koordinierung der Einnahmenverrechnung der Spitäler. Die neuen Belastungen durch LKF, Kostenvorschreibungen für Ausländer, Krankenscheingebühr, Werkverträge, Beihilfengesetz usw. konnten durch Rationalisierung in anderen Bereichen wettgemacht werden.

Die Buchhaltungsabteilung 26 hat die Datenübernahme aus KIWI realisiert und damit Kapazität für die neuen Aufgaben (LKF usw.) gewonnen.

Die Buchhaltungsabteilung 30 wurde im Zuge des zweiten Bezirks-Dezentralisierungsschrittes mit folgenden neuen Verrechnungsbereichen betraut:

- Sonstige kulturelle Maßnahmen (MA 7)
- Musiklehranstalten (MA 13)
- Kulturelle Jugendbetreuung (MA 13)
- Stadtentwicklung, Stadtplanung (MA 18)
- Amtsgebäude - Errichtung und Erhaltung (MA 23)
- Friedhöfe (MA 43)
- Bäder (MA 44)
- Straßenreinigung (MA 48)
- Bedürfnisanstalten (MA 48)
- Information und Öffentlichkeitsarbeit (MA 53)
- Allgemeiner Sachaufwand (MA 54)
- Märkte (MA 59)

Das daraus resultierende Personalerfordernis wurde durch Postenverlagerung aus anderen Buchhaltungsabteilungen aufgebracht. Insgesamt stellt die Bezirksdezentralisierung verrechnungsmäßig jedoch fast den doppelten Aufwand dar. Während seitens der Buchhaltungsabteilung 30 die Gliederung der Aufzeichnungen sowie die Vorgangsweise den Bezirkserfordernissen (Bezirkshaushaltsordnung) anzupassen sind, hat die Nachweisung der Mittel in den funktionell zuständigen „Stammabteilungen“ nach deren sachlichen bzw. betrieblichen Erfordernissen zu erfolgen. Die Bezirksdezentralisierung stellt daher nicht bloß eine Verlagerung, sondern eine echte Doppelbelastung dar.

Der Abgabenerfolg der Landes- und Gemeindeabgaben entwickelte sich wie in den letzten Jahren weiter leicht positiv. Der Gesamtertrag inklusive Gebühren (ohne Ertragsanteile) stieg um 2,27 Prozent.

Diese Steigerung ist im wesentlichen auf die vermehrten Vorschreibungen der Kommunalsteuer (z.B. Besteuerung ausgegliederter und privatisierter Bundesbetriebe), der Parkraumbewirtschaftung (Ausweitung auf die Bezirke 4 und 5), sowie der Anzeigenabgabe und Ankündigungsabgabe (vermehrte Werbung) zurückzuführen.

Weiterhin unbefriedigend ist der Zahlungseingang, so daß die Rückstände bei einigen Abgaben weiter anstiegen. Die Gründe liegen nach wie vor in:

- Strukturanpassungsproblemen
- Insolvenzen
- Grundstücksspekulationen
- schlechter Zahlungsmoral.

Die Anzahl der Insolvenzen (Firmen- und Privatkonkurse) ist weiterhin steigend, wobei rund die Hälfte der Anträge mangels Masse abgewiesen werden mußte. Nur 5 Prozent aller Verfahren führten zu einem Ausgleich und somit zur Fortführung des Betriebes.

Der Gesetzgeber versucht dieser Entwicklung mit dem ab 1. Oktober 1997 in Kraft getretenen Insolvenzrechtsänderungsgesetz entgegenzuwirken. Auswirkungen sind noch keine erkennbar.

Besonders arbeitsintensiv entwickeln sich die Privatkonkurse, über die sich ehemalige Unternehmer bzw. haftbar gemachte Geschäftsführer zu entschulden versuchen. Die Verfahren dauern 5 bis 7 Jahre, wobei die Einnahmen teilweise in keiner Relation zum Aufwand stehen.

Grundstücksspekulationen führen vor allem in Verbindung mit Umwandlung in Alteiligentum zu großen Problemen bei der Eintreibung der Grundsteuer, Müllabfuhrabgabe und Wasser- Abwassergebühr. Die Anwendung der Solidarhaftung bei den Minderheitseigentümern führt fast immer zu Beschwerden und langwierigen Verhandlungen.

Im Bereich des Erhebungs- und Vollstreckungsdienstes konnte die Anzahl der Vollstreckungshandlungen um rund 3,5 Prozent gesteigert werden. Diese Maßnahme war nur durch eine interne Organisationsänderung möglich. Anträge fremder Behörden, soweit sie anderwärtig (z.B. durch Gerichte) erledigt werden konnten, wurden zugunsten eigener Vollstreckungen zurückgewiesen. Die verbleibenden Akten wurden auf alle Bezirke aufgeteilt, so daß eine bessere Auslastung erzielt werden konnte.

Obwohl die Anzahl der Vollstreckungshandlungen anstieg, sanken die eingehobenen Beträge um rund 5 Prozent. Dies führt auch im Strafvollzug zu vermehrten Aufforderungen bzw. Vorführungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe.

Auffallend dabei ist die Tatsache, daß zwar durch Einführung von Anonymverfügungen die Anzahl der Strafscheide stark zurückgeht, der verbleibende Rest aber dafür alle Schritte des Strafvollzuges durchläuft und daher besonders arbeitsintensiv ist.

Mit Hilfe betriebswirtschaftlich üblicher Methoden (z.B. monatliches Berichtswesen, zentrale Verfolgung von Arbeitsbelastungen, leistungsbezogene Remunerationen, interne Schulungen) und einer ausgeprägten EDV-Unterstützung gelingt es weitgehend, die Mehrarbeiten ohne Personalvermehrung zu bewältigen.

Im Abgabenrechnungs- und Kassendienst gelang es erstmals, alle Dienststellen mit einer einheitlichen EDV-Hardware auszustatten. Jeder Mitarbeiter verfügt über einen eigenen Bildschirm (VT420 bzw. PC), die zur Gänze vernetzt sind, wobei bei den PCs generell als Betriebssystem Windows 95 verwendet wird. Dadurch wird der Dienststelle der Zugriff auf Informationen aus dem Internet ermöglicht.

Zusätzlich wurde zum Zwecke des Datenaustausches innerhalb der Abteilung ein internes File-Service-System aufgebaut.

Das Konzept einer magistratsweiten, zentralen Drucksortenverwaltung über File-Service und Zugriffe für dezentrale Benutzer wurde im Bereich des Abgabenrechnungs- und Kassendienstes bereits eingesetzt. Es wurden 170 Rahmenschriftstücke erstellt. Da auch ein Blankodruck vor Ort möglich ist, entfällt für diese Drucksorten sowohl die zentrale als auch dezentrale Lagerhaltung und das gesamte Bestellwesen. Auf eventuelle Gesetzesänderungen (z.B. Stempelmarken von S 120 auf S 180) kann jetzt kurzfristig reagiert werden. Die bisher übliche Skartierung überholter Auflagen von Formularen entfällt damit. Derzeit werden von rund 160 Stellen EDV-Drucksorten verwendet.

Auch die in Verwendung stehende Software zur Verrechnung der Abgaben und Strafen wurde weiter ausgebaut. Mit Übernahme der Abgabenstrafen in das bestehende System wurde die Neukonzeption abgeschlossen. Es steht nun ein einheitliches, rasches und leistungsstarkes Verrechnungssystem zur Verfügung, das sich durch hohe Automationsunterstützung und besondere Flexibilität auszeichnet.

Notwendige Anpassungen auf Grund organisatorischer oder gesetzlicher Änderungen wie z. B.

- Datensatzaufbau bei Bankeinzügen
 - Erhöhung der Jahresfälligkeit bei Grundsteuer
 - Datenträgeraustausch mit Großkunden
 - automationsunterstützte Verrechnung von Zwangsstrafen
 - Vorbereitung zur Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr
- konnten problemlos und rasch verwirklicht werden.

Daten, die nicht mehr im Direktzugriff benötigt werden, wurden auf CD-ROM ausgelagert. Gegenüber der bisherigen Microverfilmung ergibt sich eine jährliche Ersparnis von rund 1,5 Millionen Schilling.

Erstmals wurden die Bilanzen für alle Abgaben und Strafen vollautomatisch erstellt.

Zusätzlich zu diesen Änderungen, von denen die gesamte Verrechnung betroffen war, sind im Berichtsjahr eine Reihe von abgabenspezifischen Problemen erwähnenswert.

Hundeabgabe

Der Gemeinderat beschloß für Hundehalter, deren Hunde eine erfolgreiche Gehorsamsprüfung abgelegt haben, eine Steuerbefreiung in der Höhe einer Jahresgebühr. Für rund 500 Hundebesitzer, die davon Gebrauch machten, bedeutet dies eine Steuerersparnis von rund 300.000 S.

Senkgrubenräumungen

Im Einvernehmen mit der MA 30 wurde Senkgrubenbesitzern die Möglichkeit geboten, das Entgelt für Räumungen - ungeachtet der geräumten Menge - auf Grund der bezogenen Wassermenge zu entrichten. Die Verrechnung erfolgt auf privatrechtlicher Basis an Hand eines Vertrages. Bis Ende des Jahres machten bereits rund 2.600 Personen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Sie sind somit gebührenrechtlich jenen Abgabepflichtigen, deren Liegenschaft über einen Kanalanschluß verfügt, gleichgestellt.

Lohnsummensteuer

Der Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, daß bestimmte Bezüge nach § 68 EStG nicht der Lohnsummensteuer unterliegen. Es wurden daher mit Jahresende vermehrt Berichtigungserklärungen eingebracht und Rückzahlungsersuchen gestellt. Da die Lohnsummensteuer bereits seit 1. Jänner 1994 durch die Kommunalsteuer ersetzt wurde, gehen diese Ansprüche auf die Jahre 1992 und 1993 zurück. Die Bearbeitung wurde durch den Umstand erschwert, daß die dazugehörigen Buchungen bereits ausgelagert wurden.

Getränkesteuer

Zur Sicherung der Abgabenansprüche bei unbefugten Gewerbebetrieben wurden gemeinsam mit der MA 4 - Referat 2 Aktionen durchgeführt, bei denen auf Grund einer unvermuteten Überprüfung eine Grobschätzung des Steueraufkommens vorgenommen und gleichzeitig durch einen Exekutor ein Sicherstellungspfand erworben bzw. ein Barinkasso getätigt wurde.

Parkometerabgabe

Mit 1. Juni 1997 wurden die Bezirke 4 und 5 in die Parkraumbewirtschaftung mit einbezogen. Die Parkometerabgabe konnte dabei pauschaliert entrichtet werden. Aus diesem Titel wurden 33 Millionen Schilling im Berichtsjahr eingenommen und in der Abgabenhauptverrechnung verrechnet. Zu diesem Zweck wurde das MBA 4/5 bei der Errichtung einer Kassenstelle beratend unterstützt.

Verwaltungsstrafen

Durch Wahrnehmung neuer Strafdelikte durch den Magistrat der Stadt Wien wie

- Übertretung der Mautpflicht
 - Übertretung des Bundesstatistikgesetzes
 - Übertretung wegen Nichterteilung der Lenkerauskunft
- wurde sowohl die Verrechnung als auch der Vollzug der Strafen erheblich ausgeweitet.

Im Bereich des Strafvollzuges verwies der Verfassungsgerichtshof in jenen Fällen, in denen gegen Bescheide 1. Instanz gemäß § 54 c VStG kein Rechtsmittel gegeben war, die Beschwerdeführer an die Unabhängigen Verwaltungsenate. Mit diesem Erkenntnis wurde von einer jahrelangen Spruchpraxis abgegangen. Da derzeit noch nicht feststeht, ob dadurch auch das Recht zur Verfolgung neuerlich gehemmt wird, wird der Strafvollzug wesentlich erschwert.

Intensive Schulungsmaßnahmen - sowohl intern als auch im Rahmen der Verwaltungsakademie - waren im Jahre 1997 erforderlich, um den zahlreichen Anforderungen gerecht zu werden.

Die nachstehende Arbeitsstatistik soll die Leistungen der Dienstgruppen des Rechnungsamtes dokumentieren:

Buchhaltungsdienst

Eingangsrechnungen.....	976.927
Ausgangsrechnungen	828.210
Einnahmegebührrstellungen	676.858
Ausgabegebührrstellungen	1,694.479
Buchungen	
– der Haushaltsverrechnung	5,019.218
– der dienststellenbezogenen Gebarung	1,262.294
Stammdatensätze	646.656
Bildschirmabfragen.....	844.868
Mahnungen	217.392
Weitere Einhebungsschritte	83.285
Gesamtumsatz aller Buchungen	S 2,161.928,412.844,96

Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

Kontenanzahl	825.750
Eingelangte Einzahlungsbelege	1,448.941
Eingelangte Abgabenerklärungen	169.803
Mahnungen	120.290
Vollstreckungsanträge	48.299
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichtbezahlung bzw. Nichteinbringung von Steuererklärungen	76.340
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	4.604
Zwangsstrafen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	2.980
Erfasste Buchungen über Bildschirm	830.229
Stammdatensätze über Bildschirm	333.047
Ausgesandte Kuverts für Zahlscheine	250.460
Erklärungen	69.691
Lastschriften	703.360
Bescheide, Kostenersätze	30.258

Abgabenstrafenverrechnung

Kontenanzahl	772.788
(Anstieg durch Übernahme aller Verfahren der letzten 5 Jahre in die aktuelle Datenbank)	
Eingelangte Einzahlungsbelege	86.341
Mahnungen	45.984
Vollstreckungsanträge	26.976
Aufforderungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	15.839
Anträge auf Vorführung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	12.965
Gerichtliche Exekutionen (inkl. Lohnpfändungen)	3.998

Verkehrsstrafenverrechnung

Kontenanzahl	510.002
Eingelangte Einzahlungsbelege	130.072
Mahnungen	53.964
Vollstreckungsanträge	27.833
Aufforderungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	16.467
Anträge auf Vorführungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe	13.411
Gerichtliche Exekutionen (inkl. Lohnpfändungen)	4.015

Stadthauptkasse

Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen.....	1,087.489
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen)	98.591
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben)	16.663
Einzahlungen Auslandskonto	4.494
Bearbeitete Verbote.....	102.469
Ausgefertigte Bar-Einnahmen und -Ausgaben.....	10.668

Unbare Einnahmen - Ausgaben	3.525
Eingelöste Schecks	4.722
Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	
Geldgebarung	Schilling 944,405.000
Wertmarkenverkauf (5.354 Parteien)	294,230.000
Drucksortenverkauf an Parteien	1,078.000
Gebarung in der Drucksortenstelle:	
Verwaltungsabgabemarken und Wertdrucksorten an Dienststellen im Wert von	Schilling 133,278.000
An Dienststellen abgegebene Straßenbahnfahrtscheine im Werte von	6,367.000
Ausgegebene allgemeine Drucksorten	Stück 9,118.000
Erhebungs- und Vollstreckungsdienst	
Aktenzugang.....	207.155
Erledigungen	217.028
Tagesdurchschnitt.....	26,3
Einhebungen	232 Mio. S
Ersatzvornahmen	150

Städtische Friedhöfe

Im Jahre 1997 wurde der Tarif für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien nicht abgeändert. Die letzte Adaptierung des Tarifes erfolgte mit Gemeinderatsbeschluß vom 9. Februar 1996; (Pr.Z. 155/95-GBIWST). Der Wirksamkeitsbeginn dieser Tarifierfassung war der 15. Februar 1996.

Im Jahre 1997 wurden auf den Wiener Städtischen Friedhöfen 19.113 Bestattungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahr 1996 eine Verringerung um 771 Fälle oder um rund 4,0 Prozent bedeutet. Es wurden 15.877 Sarg- und 3.236 Leichenaschenbestattungen vorgenommen, wobei bei den Sargbestattungen eine Verringerung um 855 Fälle (- 5,4 %) und bei den Leichenaschenbestattungen eine Zunahme um 124 Fälle oder 3,8 Prozent zu verzeichnen war.

Der Anteil der Urnenbeisetzungen an der Zahl der Gesamtbestattungen erhöhte sich von bisher zuletzt 15,7 Prozent auf 16,9 Prozent.

Von den insgesamt 19.113 Bestattungen fielen 15.539 oder 81,3 Prozent auf Beilegungen in bestehende Sarg- und Urnengräber, 1.641 oder 8,6 Prozent auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 448 oder 2,3 Prozent auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 644 oder 3,4 Prozent auf Beerdigungen von Verstorbenen gemäß § 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes in einfache Gräber des Wiener Zentralfriedhofes (1996 : 650); weiters wurden 1997 insgesamt 559 oder 2,9 Prozent Sargbeilegungen mit Verstorbenen, die ihren Körper wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt haben, durchgeführt und 282 oder 1,5 Prozent Sammelsärge mit bei Operationen entfernten Körperteilen bestattet.

Die Anzahl der 1997 erteilten Deckplattenbewilligungen ist gegenüber dem Jahr 1996 um 229 auf 1.360 gesunken.

In 21.607 Fällen wurden Benützungrechte an Grabstellen verlängert, was eine Verringerung von 1.947 oder 9 Prozent entspricht; in 1.614 Fällen wurden insgesamt 4.181 Verstorbene exhumiert.

Was das bautechnische Gebiet betrifft, so wurden auf sämtlichen städtischen Friedhöfen bzw. in der Leichenkammer im 10. Bezirk laufend die notwendigen Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Verwaltungsgebäuden, Einfriedungen, Straßen und Wegen, dem Wasserleitungsnetz sowie an den elektrischen Leitungen, Kühlanlagen und Heizungsanlagen durchgeführt.

Es wurden insgesamt 1.158 komplette Grabfundamente, 149 Grabsteinfundamente, 112 Einfassungsfundamente, 170 Piloten und 89 Gräfte von der Abteilung in Auftrag gegeben und auf den Eigenregiefriedhöfen errichtet.

Im Detail wurden auf den nachstehend angeführten Friedhöfen folgende mittlere bis größere Vorhaben ausgeführt:

Im Amtshaus wurden Fenster instand gesetzt sowie Maler- und Anstreicherarbeiten durchgeführt. Auf dem Friedhof Altmannsdorf wurde das Eingangstor repariert, auf dem Friedhof Atzgersdorf Wege und Straßen instand gehalten, auf dem Friedhof Aspern Straßen und Wege sowie die Holzeinfriedung und Kamine über dem Verwaltungsgebäude instand gesetzt. Auf dem Friedhof Baumgarten wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt, 74 lfm Kanalrohrleitungen und 100 m² Straße in den Gruppen 23, H1, und 18 instand gesetzt, 79 lfm Randbegrenzung und 79 lfm Drainagerohrleitung in der Gruppe F1 errichtet, weiters 57 lfm Wasserleitungsrohre ausgetauscht

zwischen Gruppe D1 und S, eine Überdachung für Streuriesel errichtet, Einfriedungen repariert, Baumscheiben hergestellt sowie aufgelassene Gräber abgetragen. Auf dem Friedhof Dornbach wurden Malerarbeiten im Priester-, Abstell- und Trägerraum durchgeführt und das Blechdach über der Aufbahrungshalle sowie Straßen und Wege instand gesetzt. Auf dem Friedhof Döbling wurden fünf Gräfte hergestellt, das Dach des Verwaltungsgebäudes repariert sowie Anstreicherarbeiten an Fenster und Türen im Verwaltungsgebäude durchgeführt. Auf dem Friedhof Eßling wurden eine Lüftungsanlage für die Beisetzkammer errichtet, eine Holzeinfriedung sowie Straßen und Wege instand gesetzt; Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt. Auf dem Friedhof Gersthof wurden das Dach der Aufbahrungshalle sowie Planken repariert. Auf dem Friedhof Grinzing Ehrengräber, Straßen und Wege sowie Planken instand gesetzt sowie vier Gräfte und Gneisplattenweg hergestellt. Auf dem Friedhof Großjedlersdorf wurden 2 Sickerschächte in der Gruppe 13 sowie Grabstein- und Einfassungsfundamente in der Gruppe 31 errichtet, rund 1.000 m² Straße, Wege und Waschbetonplattenwege in den Gruppen 19 und 33 sowie die Fassade an der Straßenseite instand gesetzt und beim Haupttor ein Schiebetor eingebaut. Auf dem Friedhof Hadersdorf Weidlingau wurde die Kanzlei ausgemalt und die Fresken in der Kapelle restauriert, auf dem Friedhof Heiligenstadt die Holzeinfriedung instand gesetzt. Auf dem Friedhof Hernals wurden die Kanzleiräume in der Verwaltung, im Erdgeschoß und 1. Stock generalsaniert, die Umbauarbeiten in der Arbeiterunterkunft Objekt 4 und 5 im August 1997 beendet, in der Gärtnerei ein Folientunnel errichtet und der Mistbeetkasten erneuert, Kanäle und Schächte rund um die Verwaltung saniert bzw. erneuert sowie Grabstein- und Einfassungsfundamente, Straßen, Wege und Wasserleitung hergestellt. Instand gesetzt wurden auf dem Friedhof Hetzendorf die Einfriedung, auf dem Friedhof Hietzing das Unterkunftsgebäude sowie das Obergeschoß und das Japanglashaus in der Gärtnerei. Weiters wurden Frostschäden und Kanalgebrecchen behoben, Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt. Auf dem Friedhof Hirschstetten wurden eine Mistbox und eine Straßenüberfahrt hergestellt, die Holzeinfriedung instand gesetzt, auf dem Friedhof Hütteldorf Wasserleitungsrohre in der Gruppe 4 und ein Rohrbruch in der Gruppe 13 instand gesetzt, zwei Mistboxen in der Gruppe 15 sowie bei der Aufbahrungshalle errichtet. Auf dem Friedhof Inzersdorf wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente angelegt, Schäden auf Wegen und Straßen sowie Einfriedungen behoben. Auf dem Friedhof Jedlesee wurde der Kanzleikiosk von Juli bis Dezember 1997 abgebrochen und neu errichtet, das Eingangstor neu gestaltet, 50 lfm schadhafte Wasserleitungsrohre zwischen der Gruppe 6 und 9 ausgetauscht, 400 m² Straßen und Wege zwischen der Gruppe 6 und 9 und beim Eingang sowie 130 lfm Einfriedung aus Holz instand gesetzt. Auf dem Friedhof Kagran wurde die Dacheindeckung über dem Kiosk hergerichtet, die Fassade gestrichen, rund 450 m² Straßen im Kreuzungsbereich und den Gruppen 12 und 14, sowie 25 lfm Einfriedung aus Holz instand gesetzt, auf dem Friedhof Kaiserebersdorf das Seitentor sowie ein Teil der Einfriedungsmauer renoviert. Auf dem Friedhof Kalksburg wurden 3 Gräfte für je 4 Särge hergestellt, auf dem Friedhof Lainz mit dem Umbau der Aufbahrungshalle und der Nebenräume im November 1997 begonnen. Auf dem Friedhof Leopoldau wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente sowie 3 Gräfte für 6 Särge hergestellt, auf dem Friedhof Liesing die Holzeinfriedung instand gesetzt. Auf dem Friedhof Mauer wurden die Einfriedung und das Tor in der Franz-Grassler-Gasse komplett saniert, weitere Fundamente für Grabsteine und Einfassungen hergestellt sowie Straßen und Wege ausgebessert. Auf dem Friedhof Meidling wurden Abfallboxen hergestellt, das Eingangstor renoviert. Auf dem Friedhof Neustift wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente sowie Gräfte hergestellt, Stützmauer, Straßen und Wege instand gesetzt, diverse Wassergebrechen behoben, Rinnen und Blecheindeckung der Aufbahrungshalle II saniert sowie Dachdeckerarbeiten (Schneefang) auf der Halle I durchgeführt. Auf dem Friedhof Oberlaa wurden Wege und die Holzeinfriedung instand gesetzt, eine Abfallbox hergestellt sowie der Lagerplatz saniert. Auf dem Friedhof Ottakring wurde Mitte August 1997 mit den Umbauarbeiten des Verwaltungsgebäudes begonnen, zuvor ein provisorisches Verwaltungsgebäude instand gesetzt. Weiters wurde eine Stiegenanlage, und zwar der Zugang zum neuen Urnenhain in der Funkengergasse, hergestellt, 296 m² Straßen im Friedhofsgelände instand gesetzt, 667 m² Straßenoberfläche mit Asphaltbeton zwischen der Gruppe 1 und 2 überzogen, 29 lfm Einfriedung aus Holz instand gesetzt sowie 8 Erd- und Mistboxen im Friedhofsgelände hergestellt. Auf dem Friedhof Sievering wurden Anstreicherarbeiten an den gußeisernen Gruppen- und Reihenständer sowie an Toren und Geländern durchgeführt, Wassergebrechen in der Abteilung I behoben und der Plankenzaun instand gesetzt, Straßen und Wege in den Gruppen Abteilung I und II erneuert, die Stiegenanlage in der Gruppe 39 und die Mistbox in der Gruppe 15 hergestellt, Verputzarbeiten im WC und Reparaturarbeiten an den Fliesen im WC durchgeführt. Auf dem Friedhof Simmering wurden Straßen und Wege instand gesetzt, auf dem Friedhof Stadlau der Dachstuhl der Aufbahrungshalle, Kühlanlage und Planken hergerichtet. Auf dem Friedhof Stammersdorf Ort wurden eine Mist- und Erdbox aus Beton sowie 21 lfm Einfriedung instand gesetzt, auf dem Friedhof Stammersdorf Zentral Ende August 1997 mit der Herstellung eines Portierhäuschens begonnen, das Mitte Dezember 1997 fertiggestellt werden konnte. Ferner wurden die Blecheindeckungen über dem Verwaltungsgebäude gestrichen, Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt, rund 850 m² Straßen und Wege in den Gruppen 17, G, M, N, 43, und 1 instand gesetzt, 5 Mistboxen errichtet sowie 13 lfm Einfriedung aus Holz saniert. Auf dem Friedhof Strebersdorf wurden Grabstein- und Einfassungsfundamente hergestellt, 30 lfm Wasserleitungsrohre verlegt zur Gruppe 17, das Friedhofskreuz instand gesetzt, 150 lfm Friedhofzaun und eine Erdbox in der Gruppe 17 hergestellt. Auf dem Friedhof Südwest wurden Straßen und Wege saniert, Grabstein- und Einfassungsfundamente errichtet, rund 1.300 aufgelassene Gräber abgeräumt und das Gelände gerodet und einplaniert. In der Simmeringer Feu-

erhalten wurden 15 Grabsteinfundamente und 23 Steinfundamente gebaut, die Kremationshallen (Keller, Erdgeschoß) ausgemalt, die Reparatur der Dachrinnenheizung fertiggestellt (2. Hälfte), die Urnenwandnischen instand gesetzt sowie in der Gruppe 4 bei der Portierloge und dem WC der Gehweg saniert. Weiters wurden sämtliche Wartungsarbeiten an den Aufzügen und den Öfen 1 und 2 durchgeführt. Vom Nutzwasserbrunnen erfolgte die Ausspeisung. In der Städtischen Steinmetzwerkstätte wurden die Reparaturen an den Werkstätten und Bürogebäuden fortgesetzt und abgeschlossen, die Türen zu den Arbeitsräumen frostsicher gemacht. Es wurden weiters als Provisorium zwei Container mit sämtlichen Anschlüssen und Ausstattung für neu auszubildende Lehrlinge aufgestellt, Gitterzäune wurden ausgebessert, der Ausstellungshügel abgetragen und Streifenfundamente für eine Musteranlage hergestellt. Auf dem Wiener Zentralfriedhof wurden 386 komplette Grabsteinfundamente, 43 Grabsteinfundamente und 97 Einfassungsfundamente hergestellt. In der Städtischen Friedhofsgärtnerei wurden die Fassade und die Nebengebäude komplett renoviert (Baumeister-, Maler und Anstreicherarbeiten). Im Zuge des Tiefbehälterbaues für das Nutzwasserleitungsprojekt wurde der Holzplatz verlegt. Die Wege und Zufahrtsstraßen wurden asphaltiert. Im Magazin wurde ein neuer Betonfußboden hergestellt. Im 1. Stock des Verwaltungsgebäudes wurde ein Schulungszimmer für Lehrlinge geschaffen. Maurer- und Malerarbeiten wurden durchgeführt, die Fenster neu gestrichen, der Fußboden instand gesetzt. Die Dächer wurden gereinigt, repariert und gestrichen. Die Blechteile des Daches des Objektes 7 und des Sandlagers wurden gestrichen. Die Wasserrohrleitungen von der Feuerhalle mit Querung der Simmeringer Hauptstraße bis Gärtnerei zum Tiefbehälter wurden zu 90 Prozent hergestellt. Die Straßen auf dem Friedhof wurden laufend instand gehalten. Die Renovierungsarbeiten an der Luegerkirche wurden zügig fortgesetzt. Die Arbeiten der I. Bauphase (d.h. Die Sicherungsarbeiten) wurden abgeschlossen. In der Aufbahrungshalle II wurde die Hauskanalanlage komplett renoviert, weiters wurde die Rampe abgedichtet. In der Halle II wurde die Glocke erneuert. Im Haus 236 wurden die Fenster und Türen gestrichen. In der technischen Werkstätte wurde eine Sägespänepressanlage installiert. An der Friedhofsmauer zwischen Tor 9 und Zentralwerkstätte und zwischen Tor 2 und 3 wurden die notwendigsten Instandsetzungen durchgeführt.

In Fortsetzung des Programmes zur Reduzierung der Schadstoff- und Lärmemission durch zweitaktbetriebene Motorkarren wurden 1997 drei weitere Elektrokarren angeschafft, von denen alle in den städtischen Gärtnereien zum Einsatz kommen.

Was das gartenbautechnische Gebiet betrifft, so wurden bei der Ausgestaltung und Begrünung von Friedhofsflächen 350 Bäume und 2.990 lfm Hecken gepflanzt. Heimgefallene Grabstellen, auf denen seltene oder schöne Bäume stehen, wurden nicht zur Wiedervergabe freigegeben, sondern im Sinne der Umwelterhaltung zu Baumplätzen umgewidmet, um somit einen dendrologisch wertvollen Baumbestand zu erhalten. Weiters wurden 3.580 Bäume durch Kronenschnitte fachgerecht ausgelichtet sowie 330 Bäume aus dem Bestand genommen, da sie die physiologische Altersgrenze erreichten. Gleichzeitig wurden 3.590 lfm Hecken wegen Überalterung gerodet. Ferner erfolgte bei 500 lfm Hecken ein fachgerechter Verjüngungsschnitt. Ein Formschnitt erfolgte bei 162.560 lfm Hecken. Für die Freigabe zur Wiedervergabe von 276 heimgefallenen Grabstellen waren umfassende Rodungsarbeiten nötig. Weiters erfolgte die Fortsetzung der amtswegigen Verlegung von Urnengrabstellen unter 1 m² auf dem Gelände der Simmeringer Feuerhalle, des Friedhofes Meidling, Liesing und Ottakring im Tausch gegen 1 m² große Grabstellen.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres wurden die Instandsetzungsarbeiten des Steininventares der Kriegsgräberanlagen in der Simmeringer Feuerhalle und des Friedhofes Atzgersdorf besprochen.

Die jährlich durchgeführte Säuberung des Wiener Zentralfriedhofes umfaßte im Jahr 1997 eine Gesamtfläche von 1.138.700 m². Die mechanische Unkrautbekämpfung auf den Friedhofswegen des Wiener Zentralfriedhofes umfaßte eine Fläche von 398.462 m². Die verwahrlosten Grabstellen des Wiener Zentralfriedhofes wurden ebenfalls mechanisch vom Unkrautbewuchs gesäubert und dreimal gemäht, um eine Verbesserung des Friedhofsbildes zu erreichen. Ebenso wurden 38.849 Pflegeaufträge an Grabstellen durchgeführt sowie in allen Friedhöfen der erforderliche Baum- oder Heckenschnitt und die erforderlichen Pflegearbeiten durchgeführt.

Die Kundenpreise für friedhofsgärtnerische Leistungen (Grabschmückungen) wurden für 1997 gegenüber den Preisen von 1996 nicht verändert. Neben der Erfüllung von 38.849 Grabpflegeaufträgen und den diversen Grabschmückungsaufträgen sowie der Herstellung von Kranzgebinden wurde von der städtischen Friedhofsgärtnerei die Aufzucht von rund 1,56 Millionen Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, Kriegergräber und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

Nachstehende Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber auf Friedhofsdauer vergeben bzw. ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet und in Obhut der Stadt Wien übernommen oder ehrenhalber auf Friedhofsdauer ohne Inobhutnahme gewidmet:

Zugang an ehrenhalber gewidmeten (nicht in Obhut übernommenen) Grabstellen im Jahre 1997:

Friedhof Hietzing: *Böhm*, Carol, Schauspieler; ehrenhalber gewidmet; Gruppe 74 - Reihe 6 - Nr. 9;

Moravec, Prof. Ing. Fritz, Schriftsteller, Forschungsreisender; ehrenhalber gewidmet; Gruppe 18 - Reihe 7 - Nr. 225;

Friedhof Neustift: *Birkmayer*, DDr. Walter, Universitätsprofessor, Neurologe; ehrenhalber gewidmet; Gruppe 20 - Reihe 4 - Gft Nr 8;

Seefehlner, Prof. Dr. Egon; ehemaliger Direktor der Wiener Staatsoper; ehrenhalber gewidmet; Gruppe N - Reihe 1 - Nr. 44

Wiener Zentralfriedhof: *Wörle*, Prof. Egon, Architekt; ehrenhalber gewidmet; Gruppe 40 - Nr. 60.

Statistisches Amt der Stadt Wien

Im Jahre 1997 wurde mit den Vorbereitungsarbeiten für die Großzählung 2001 begonnen. Die Großzählung 2001 soll wieder wie 1991 eine Volkszählung, eine Gebäude- und Wohnungszählung sowie eine Arbeitsstättenzählung umfassen. Die Volkszählung soll als melderegistergestützte Volkszählung durchgeführt werden. Da - wie vom Österreichischen Statistischen Zentralamt geplant - das Meldewesen als Basis für die Volkszählung 2001 herangezogen werden soll, ist eine Person dort zu zählen, wo sie auf Grund des Meldewesens den Hauptwohnsitz hat. Eine solche Vorgangsweise ist aber nur dann gerechtfertigt, wenn a) der § 17 des Meldegesetzes (Reklamationsverfahren) novelliert wird (Mitwirkungspflicht der Betroffenen, Ausweitung der Beweisführung durch die Gemeinde) und b) das erst zu schaffende Zentrale Melderegister als Grundlage für die Volkszählung herangezogen wird. Sollte dies bis zur Volkszählung 2001 nicht erreichbar sein, so ist aus Wiener Sicht neuerlich ein Reklamationsverfahren im Rahmen der Volkszählung vorzusehen. Von seiten des Bundesministeriums für Inneres wurde eine österreichweite Bereinigung der Meldedaten und die Schaffung eines Art „Zentralen Melderegisters light“ zugesagt. In einer Reihe von Arbeitsgruppen wurden die Fragebögen, die bei der Großzählung 2001 verwendet werden sollen, diskutiert. Es wurde das Frageprogramm für das Personenblatt, das Gebäudeblatt, das Wohnungsblatt und das Arbeitsstättenblatt festgelegt. In einer ersten Probezählung im Frühjahr 1998 sollen der Inhalt der Fragen, aber auch die Formulierung der Fragen auf ihre Akzeptanz überprüft werden. Bei der Probezählung ist weiters zu klären, ob das lokale Melderegister als Erfassungsgrundlage für die Volkszählung brauchbar ist.

Die Hauptaufgabe der Abteilung bestand im Jahre 1997 in der Beschaffung umfangreichen Datenmaterials einerseits im Zuge von Erhebungen (Primärdaten), andererseits durch den Verwaltungsvollzug (Sekundärdaten). Die Erhebungstätigkeit der Abteilung umfaßte eine Reihe von periodisch durchzuführenden Erhebungen.

Im Bereich der Agrarstatistik waren 1997 folgende agrarstatistische Erhebungen durchzuführen:

- zwei Schweinezwischenzählungen mit Stichtag 1. April und 1. August (Stichprobenerhebung bei jeweils 63 Betrieben)
- Rinderzwischenzählung mit Stichtag 1. Juni (Stichprobenerhebung bei 38 Betrieben)
- Allgemeine Viehzählung mit Stichtag 1. Dezember (Stichprobenerhebung bei 57 Betrieben)
- Agrarstrukturhebung mit Stichtag 1. Juni (Stichprobenerhebung bei 330 Betrieben)

Die Stichprobenerhebungen des Mikrozensus wurden wie jedes Jahr vierteljährlich an rund 4.200 Adressen durchgeführt. Zweck dieser seit 1967 österreichweit bestehenden Erhebung ist es, im Zeitraum zwischen den Großzählungen aktuelle Daten über Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur zu erhalten. 125 InterviewerInnen suchten in den Monaten März, Juni, September und Dezember die ihnen vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖSTAT) zugewiesenen Adressen auf. Die in diesen Haushalten lebenden Personen gaben Auskunft über Fragen des Grundprogrammes zu Personen-, Haushalts- und Wohnungsmerkmalen, sowie zu aktuellen Themen der von Quartal zu Quartal wechselnden Sonderprogramme.

Folgende Themen wurden 1997 behandelt:

- März - Arbeitskräfteerhebung im Auftrag der Europäischen Union
- Juni - Erweiterte Wohnungserhebung, Energieverbrauch
- September - Arbeitszeitformen
- Dezember - Sport-, Freizeit-, Haushaltsunfälle, Rauchgewohnheiten

Für den Mikrozensus stellt das ÖSTAT die Erhebungsunterlagen zur Verfügung. Die ordnungsgemäße Durchführung obliegt jedoch der Abteilung und beinhaltet die Anwerbung und Einschulung der neuen sowie die Nachschulung der aktiven InterviewerInnen. Weitere Aufgaben sind die Betreuung des Interviewerstabes vor und während der Mikrozensusbefragungen sowie telefonische Befragungen in komplizierten Fällen als auch die Kontrolle der Erhebungsbelege. Die Kontrollarbeiten für die Arbeitskräfteerhebung dienten auch als Grundlage für die Berechnung des Entgeltes der InterviewerInnen.

Im März konnten die Befragungen an 3.306 Adressen (79 %), davon entfielen 2.146 auf die Arbeitskräfteerhebung, im Juni an 3.217 (77 %), im September an 3.142 (76 %) und im Dezember an 3.306 (74 %) durchgeführt werden.

Die Revisionsarbeiten für den Österreichischen Verbraucherpreisindex (VPI) und den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI=EU-Index) wurden Mitte des Jahres 1997 abgeschlossen. Die monatliche Preiserhebung wurde in 294 Geschäften und Betrieben durchgeführt, wobei rund 5.600 Einzelpreise erhoben wurden. Die ausführlichen Warenbeschreibungen wurden auch nach der Revisionsphase beibehalten. Einen großen Zeitaufwand erforderte die begonnene Umstellung auf die EDV-mäßige Weiterverarbeitung der Preismeldungen. Das dazu benötigte Programm lag nur in einer Testversion vor. In den letzten Monaten des Jahres wurde trotzdem mit der Übernahme einzelner Branchen begonnen. Die EDV-mäßige Umstellung hatte auch ein Ausdrucken der für die Preiserhebung benötigten Formulare und die EDV-mäßige Erstellung der für das örtliche Komitee benötigten Preiskartei zur Folge. Die Vertretung der Stadt Wien bei den monatlichen Sitzungen des Zentralen Redaktionskomitees, Indexauskünfte, sowie Berechnungen für Verträge mit Wertsicherungsklauseln zählen zu den weiteren Aufgaben. Infolge des hohen Personaleinsatzes bei der Preiserhebung wurde von Wien eine Erhöhung der Entschädigungsleistungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes verlangt.

Die Fremdenverkehrsstatistik wurde monatlich erstellt und erfaßte die Ankünfte und Übernachtungen der Gäste in den Wiener Fremdenverkehrsbetrieben. Die Daten über den Fremdenverkehr wurden dem ÖSTAT sowie einer Reihe anderer interessierter Institutionen zur Verfügung gestellt. Für die Betriebe besteht Meldepflicht. Einmal jährlich mit Stichtag 31. Mai erfolgt die Erhebung über die Art, Kategorie und Öffnungszeiten der Fremdenverkehrsbetriebe sowie die Zahl und Ausstattung der Fremdenzimmer. 1997 wurden in Wien 340 Fremdenverkehrsbetriebe gezählt, davon waren 220 Hotels, 100 Pensionen und 20 Studentenheime (Saisonhotels). Auf Grund der ab 1. November 1997 geänderten Länderauswahl (5 Streichungen, 7 Neuaufnahmen) wurden die erforderlichen Programmänderungen durchgeführt.

Zur Erfassung der Wohnungsneubauten und der neu errichteten Wohnungen durch Umbauten wurden in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 24, 35 und 37 die hierfür notwendigen statistischen Erhebungsformulare verarbeitet. Dazu waren wiederholt zahlreiche Kontrollarbeiten, sowie mündliche und schriftliche Kontakte herzustellen, um die teils mangel- oder fehlerhaft ausgefüllten Erhebungsformulare zu ergänzen bzw. richtigzustellen. Danach wurden die statistischen Zählblätter dem ÖSTAT zur Erfassung übermittelt. Um ein entsprechend abgestimmtes Zusammenarbeiten mit allen für die Wohnbaustatistik befaßten Dienststellen zu gewährleisten, waren zahlreiche Koordinierungsbesprechungen durchzuführen. Im Jahre 1997 wurde die Umstellung der Wohnbaustatistik auf EDV-mäßige Bearbeitung größtenteils abgeschlossen. Gleichzeitig mit der EDV-mäßigen Erfassung der fertiggestellten Wohngebäude wurden Adresskorrekturen durchgeführt. Im Hinblick auf den vom ÖSTAT angestrebten Aufbau eines Gebäuderegisters werden bei allen Adressen ohne gültigen Adresscode (ACD), nachträglich manuelle Korrekturen mittels Adresslisten (Dateien), gegebenenfalls unter Mithilfe der Magistratsabteilung 21 B, durchzuführen sein. Die für das Jahr 1997 gemeldeten Wohnungszugänge, 9.636, wurden nach unterschiedlichen Merkmalen, wie Lage des Bauplatzes, Bauherr, Ausstattung der Wohnung usw., statistisch ausgewertet. Die Zahl der von den Außenstellen der Baupolizei gemeldeten Wohnungsabgänge betrug 2.807.

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik wurden alle Wiener Standesfälle (Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle) bearbeitet. Ergänzend zu den Standesamtsdaten wurden die gesundheitsstatistischen Daten zu den Geburten und die Todesursache, die nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) zu vercoden ist, zu den Sterbefällen erfaßt, wofür zahlreiche Nacherhebungen bei Hebammen, Spitälern, Standesämtern und dem gerichtsmedizinischen Institut durchgeführt werden mußten. Besondere Aufmerksamkeit galt den Totgeborenen, verstorbenen Säuglingen und Verkehrsopfern, da diese Daten Arbeitsgrundlagen für andere Abteilungen (MA 15, MA 46) sind. Die laufende Bevölkerungsfortschreibung, die auf den Ergebnissen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik basiert, wird seit 1997 auch nach dem Geschlecht differenziert vorgenommen.

Mit der Auswertung der Ergebnisse des 1996 unter Federführung des Österreichischen Instituts für Familienforschung im Rahmen des international akkordierten Projektes „Family and Fertility Survey“ wurde 1997 begonnen. Zur Spezifizierung der Annahmen für eine kleinräumige Bevölkerungsprognose für Wien wurde eine umfangreiche Analyse der Wanderungsdaten der Jahre 1994 - 1996 durchgeführt. Für den Arbeitskreis „Senior 21“ des Seniorenbeauftragten wurden verschiedene Datenaufbereitungen und Analysen zur demographischen Entwicklung und deren Konsequenzen für den Gesundheits- und Pflegebedarf vorgenommen und präsentiert.

Die Umweltstatistik konnte 1997 durch Angaben über die Altlasten wesentlich erweitert werden. Es wird ein Überblick über bereits abgesicherte bzw. sanierte Altlasten geboten sowie über Altlasten, die im Altlastenkataster als solche ausgewiesen sind, für die aber erst Maßnahmen geplant werden. Die Beseitigung dieser erheblichen Gefahren für Mensch und Umwelt stellt eine große und sich auf viele Jahre erstreckende Aufgabe der Gemeinde Wien dar.

Weiters wurden die Ergebnisse des Mikrozensus-Sonderprogrammes vom Dezember 1994 betreffend die Umweltbedingungen im Wohnbereich (Beeinträchtigungen des Wohnens durch Staub und Ruß, Lärm und Geruchsbelästigungen) und das Umweltverhalten (erhöhte Zahlungsbereitschaft für umweltschonende Produkte) überarbeitet und publiziert.

In Form von Grafiken wurde die Entwicklung der Problemstoffe in den Jahren 1991 bis 1996 aufbereitet, ebenso die beachtenswerte Emissionsverringerung von Schwefeldioxid und Stickoxid bei den Wienstrom Kraftwerken von 1980 - 1996, die trotz steigender Strom- und Fernwärmeproduktion erzielt werden konnte.

In der Gesundheitsstatistik wurden die Zeitreihen in den einzelnen Fachbereichen wie bisher weitergeführt und ab 1997 berufsbezogene Daten wie ÄrzteInnen, Pflegepersonal, ApothekerInnen usw. so weit als möglich geschlechtsspezifisch ausgewiesen. In den von der Magistratsabteilung 15 (Dezernat III - Gesundheitsplanung) ins Leben gerufenen Internationalen Beirat für die Erarbeitung von Datengrundlagen eines Gesundheitsförderungs- und Präventionsplanes (GEFÖP) wurden auch zwei Mitarbeiter des Statistischen Amtes nominiert. Zu einem Zwischenbericht über den Stand des GEFÖP wurde eine Stellungnahme abgegeben und an der Konzeption eines Gesundheitssurveys für Wien wird weiterhin mitgearbeitet werden.

Die Arbeiten im Bereich der Sozialstatistik waren 1997 durch den Umstand begünstigt, daß das Datenmaterial vom ÖSTAT in bereinigter Form und in wesentlich kleinerem Umfang zur Verfügung gestellt wurde. Weiters konnten in der offenen und geschlossenen Fürsorge des öffentlichen und privaten Sektors durch Verbesserung bzw. Verkürzung des organisatorischen Ablaufes weitere Strukturdaten verwendet werden. Es wurden Vorarbeiten durchgeführt, um die Mikrozensus-Sonderprogramme im Sozialbereich in die Publikationen des Amtes einfließen zu lassen. Die Strukturänderungen im Bereich der bestehenden Organisation der öffentlichen Heime für Kinder und Ju-

gendliche erforderten ebenfalls statistische Vorerhebungen, die die Grundlage für die künftige Einteilung der Fremdunderbringung auf Regionen und Überregionen darstellen.

Um besonders rasch auf die immer zahlreicheren Anfragen nach Daten aus der Arbeitsmarktstatistik reagieren zu können, wurde 1997 endgültig die Anbindung an die Datenbank SAMIS des Arbeitsmarktservice Wien beantragt. Die Realisierung ist für das Jahr 1998 vorgesehen.

Neben der routinemäßigen Redaktionsarbeit im Kulturbereich wurden weitgehend alle Datenerhebungs- und Verarbeitungsvorgänge verkürzt und konzentriert. Weiters wurde die Kompatibilität der Daten der verschiedenen Kultureinrichtungen mit dem hauseigenen Daten hergestellt, die Amtshilfen bzw. Bundes- und Ländereinrichtungen geklärt, die Vergleichbarkeit und Harmonisierung der Kulturdaten in den verschiedenen Publikationen überprüft und auf Plausibilität kontrolliert. Aus den Anforderungen an die kommunale Kulturstatistik ergab sich ein gesteigerter Bedarf an Bezirkskulturdaten. Die organisatorischen und erhebungstechnischen Grundlagen für diese weitreichende Aufgabe mußte erst geschaffen werden. Schließlich wurde 1997 die bis dahin manuell erfolgte Zählung der Gebäude in den Schutzzonen auf der Grundlage der Plandokumente der MA 21 von einer digitalen Erfassung durch die MA 14 abgelöst. Damit wird nicht nur Zeit eingespart, die Ergebnisse sind auch verlässlicher, da die Gebäudedaten aus der Adreßdatenbank des Räumlichen Bezugssystems Wien stammen, in dem jedem Gebäude ein eindeutiger Adreßcode zugewiesen ist. Außerdem werden als Bezugsgröße für den Anteil der Häuser in den Schutzzonen an allen Häusern nicht mehr die Ergebnisse der nur alle 10 Jahre durchgeführten Großzählungen verwendet, sondern Jahresendzahlen.

In der Schulstatistik wurden erstmals Daten über die Fachhochschulstudiengänge aufgenommen. Im Bereich der 5. - 8. Schulstufe (Schule der 10 bis 14jährigen), die in der schulpolitischen Diskussion eine herausragende Rolle spielt, wurde die Zeitreihe nach einer Pause von mehreren Jahren um die Daten des Schuljahres 1996/97 ergänzt. Andererseits wurde auf zu detaillierte Daten über die Religions-, Arbeits- und sonstigen LehrerInnen verzichtet.

Die wichtigste Neuerung in der Verwaltungs- und Rechtspflegestatistik war 1997 die geschlechtsspezifische Aufbereitung der Personaldaten des Magistrats. Außerdem wurde auf die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten verzichtet. Damit sind nun alle Personaldaten der Stadt Wien (Magistrat, Landeslehrer, Wiener Verkehrsbetriebe) im „Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien“ - nach Männern und Frauen gegliedert. Im Rahmen der Verwaltungs- und Rechtspflegestatistik wurden weiters vier Tabellen aufgelassen, da keine Nachfrage bestand und es sich vorwiegend um Statistiken von Geschäftsfällen handelt, wie etwa im Fall der Zivilgerichtsbarkeit.

Der zweite große Hauptaufgabenbereich der Abteilung bestand in der Veröffentlichung der durch Erhebung (Primärdaten) oder aus dem Verwaltungsvollzug (Sekundärdaten) gewonnenen Daten.

Das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien“ nimmt die bedeutendste Rolle in der Publikationsreihe des Statistischen Amtes der Stadt Wien ein. Dieses Werk ist das wichtigste jährliche Datennachschlagewerk über Wien. Diese Publikation ist eine umfangreiche Statistiksammlung, auf 415 Tabellenseiten - in 26 Kapiteln gegliedert - enthält es nicht nur Statistiken über Wien als Ganzes, sondern auch über die einzelnen Wiener Bezirke werden eine Vielzahl von Daten publiziert. Die Ausgabe 1996 des Statistischen Jahrbuches bringt eine Datenübersicht über das Jahr 1996 mit einem Vergleich zu den fünf vorangegangenen Jahren. Die bestehenden Tabellen werden je nach Bedeutung auch bei dieser Ausgabe durch Schwarz-Weiß-Graphiken ergänzt. Eine Reihe von Farbgraphiken (Wiens Lage, Witterung, Bevölkerung, Umwelt, Wohnungswesen, Verkehr, Fremdenverkehr, Arbeitsmarkt und Preise in Wien) erhöht die Anschaulichkeit des Zahlenwerkes. Das Statistische Jahrbuch erschien im Dezember 1997 in einer Auflage von 1.000 Stück. Auch dieses Jahr, so wie im Vorjahr, ist das Statistische Jahrbuch auch auf Disketten erhältlich und magistratsintern im Intranet abrufbar.

Das „Statistische Taschenbuch“ präsentiert gegenüber dem Statistischen Jahrbuch in kleinerem Umfang die wichtigsten Daten über Wien. Im handlichen DIN A6-Format konnte die Ausgabe für 1996 bereits im Juli 1997 in einer Auflage von 1.200 Stück herausgegeben werden. Diese Publikation enthält auf rund 140 Seiten, in 24 Kapiteln gegliedert, neben den auch im Jahrbuch enthaltenen Themenbereichen einen Vergleich Wiens mit anderen österreichischen und europäischen Städten. 22 Farbgraphiken und einige Schwarz-Weiß-Graphiken ergänzen das angebotene Datenmaterial.

Die vierteljährlich erscheinende Publikation „Statistische Mitteilungen“ enthält neben Fachartikeln, die von Mitarbeitern der Abteilung, aber auch von Gastautoren verfaßt werden, einen umfangreichen Tabellenteil. Im Jahre 1997 erschienen die Artikel „Die Europawahl, die Gemeinderatswahl und die Bezirksvertretungswahlen am 13. Oktober 1996 in Wien“, „Die Systematik der Wirtschaftstätigkeiten (ÖNACE 1995) im System der europäischen und internationalen Wirtschaftsklassifikationen“, „Städtevergleich: Berlin - Wien“, „Lebens- und Familienformen“ (Ergebnisse des Familien- und Fertilitätssurveys) sowie „Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Wien 1983 - 1996“. Die Zeitschrift wurde pro Quartal in einer Auflage von 800 bis 1.500 Stück hergestellt.

Die Broschüre „Wien in Zahlen“ wurde in deutscher, englischer, französischer, italienischer, ungarischer und tschechischer Sprache aufgelegt. Diese Zahlenübersicht bringt auf 16 Seiten grundlegende Informationen über die

wichtigsten Lebensbereiche dieser Stadt zur Kenntnis. Die Broschüre erschien im Herbst 1997 in einer Auflage von 22.000 Stück.

Parallel zu diesem Datenangebot in den Printmedien existiert seit 1995 eine ausgewählte Datenübersicht über Wien im Internet. „Wien in Zahlen“ ist in einer erweiterten Version im Internet abrufbar. Ebenso werden die Wahlergebnisse der Nationalrats-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen im Internet angeboten. Die neuesten Kennzahlen über die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung können infolge eines wöchentlichen Updates über „Statistik aktuell“ in Erfahrung gebracht werden. Für magistratsinterne Internetbenutzer sind alle Tabellen des Statistischen Jahrbuches ab dem Jahrgang 1996 im Intranet abrufbar. Die Nachfragefrequenz des statistischen Informationsangebotes im Internet zeigt, daß der laufenden Erweiterung und Verbesserung dieses Angebotes aus heutiger Sicht der Vorrang vor dem Aufbau eines Statistischen Informationssystems eingeräumt werden muß. Der Entwicklungsaufwand von Statistischen Informationssystemen ist derzeit noch sehr personal- und kostenintensiv und in der Anwendung nur für Spezialisten geeignet.

Neben der umfangreichen Veröffentlichung statistischer Daten sowohl in Printpublikationen als auch im Internet bzw. Intranet gibt die Abteilung noch den Tätigkeitsbericht der Stadt Wien heraus.

Die Publikation „Die Verwaltung der Stadt“ Wien wurde in einer Auflage von 700 Exemplaren veröffentlicht. Der Verwaltungsbericht über das Jahr 1996, der mit zahlreichen Fotos und einem Sachregister ausgestattet ist, gibt auf rund 480 Seiten Auskunft über die Maßnahmen der Stadtverwaltung, der städtischen Unternehmungen, des Wien-Tourismus sowie der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien. Aufgenommen wurden auch die Berichte des Kontrollamtes der Stadt Wien, des Unabhängigen Verwaltungssenates, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Wiener Patienten-anwaltschaft und der Wiener Umwelthanwaltschaft.

Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die von der Abteilung herausgegebenen Publikationen wurde auch im Jahr 1997 auf breiter Ebene durchgeführt. In einer Reihe von U-Bahnhaltestellen sind in Schaukästen die Titelseiten der statistischen Publikationen ausgestellt. Andererseits wird mit einer Bestellkarte, die in der kostenlos erhältlichen Broschüre Wien in Zahlen integriert ist, auf das Publikationsangebot des Statistischen Amtes aufmerksam gemacht. Diese Broschüre - „Wien in Zahlen“ - wurde in der Stadtinformation, in den Bürgerdienstaußenstellen und in allen Magistratischen Bezirksämtern aufgelegt. Um auch im Ausland präsent zu sein, wurden dem Wien-Haus in Brüssel etliche Exemplare in allen sechs Sprachen und auch dem Tourismusverband rund 3.500 Exemplare - die überwiegende Anzahl in englisch - übermittelt. Durch diese Aktionen - weitere, wie eine Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat, sind noch geplant - und das Angebot im Internet brachten steigende Verkaufszahlen. So konnten auch schon Publikationen an Schüler und Lehrer ausländischer Schulen, die sich auf Wien-Besuch befanden, verkauft werden.

Ein vom Zeitaufwand her nicht zu unterschätzender Aufgabenbereich des Statistischen Amtes ist der Bereich der Anfragebeantwortung. Der stetige Anstieg der Anzahl an Anfragen - ob telefonisch, schriftlich oder über E-mail, ob aus dem Inland oder Ausland - bindet immer mehr an Personal- und Zeitkapazität. Am intensivsten nachgefragt werden Daten aus dem Bevölkerungsbereich, aber auch Zahlen über Gebäude und Wohnungen, weiters Daten aus der Arbeitsmarktstatistik und der Wirtschaft. Detaillierte Wahlergebnisse und Angaben über den Verbraucherpreisindex sind ebenso von großem Interesse. Im Zuge der Dezentralisierung werden immer mehr Statistikdaten zumindest auf Bezirksebene oder noch kleinräumiger gewünscht.

Der Bücherbestand in der Statistischen Fachbibliothek betrug Ende des Jahre 6.828 Bände, wobei während des Jahres 1997 allein 310 Bücher und Zeitschriften katalogisiert wurden. Nur ein geringer Teil dieser Neuerwerbungen gelangte durch Kauf, der überwiegende Teil durch Tausch in den Besitz der Abteilung. Mit 150 Stellen des In- und Auslandes wurde regelmäßig ein Tauschverkehr unterhalten, der zur Aktualisierung der Bestände noch weiter beitrug.

Im statistischen Archiv wurden die Unterlagen für die Publikationen der Abteilung sowie zur Information öffentlicher Dienststellen, Mandatare und privater Personen gesammelt und bei den jeweiligen Referenten abgelegt.

Die Schulung von Bediensteten und die Entsendung zu Fortbildungsseminaren wurde fortgesetzt. An den Sitzungen der statistischen Beratungsgremien des ÖSTAT, der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil. Bedienstete der Abteilung nahmen im Jahr 1997 an folgenden Tagungen teil:

- Koordinierungsbesprechung von Bundes- und Landesstatistikern am 15. April in Wien
- 92. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 21. und 22. April in Bregenz
- 8. Deutsch-österreichisch-schweizerisches Demographentreffen vom 13. bis 15. Mai im Rüttihubelbad bei Bern
- Arbeitstagung über den Verbraucherpreisindex am 17. und 18. September in Wien
- Statistische Woche 1997 vom 22. bis 26. September in Bielefeld
- 93. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 13. Oktober in St. Pölten
- 29. Kommunalstatistische Tagung am 14. und 15. Oktober in St. Pölten

Am 2. Dezember fand die 8. Sitzung des Statistischen Beirates für Wien statt. Als Tagesordnungspunkte wurden behandelt: Ergebnisse des Familien- und Fertilitätssurveys für Wien, Tätigkeitsbericht über die vergangenen und künftigen Aktivitäten der Abteilung und Ausblick auf die erste Testerhebung im Frühjahr 1998 für die Großzählung 2001.

Wiener Stadtwerke

Personalia

Im Berichtsjahr 1997 ergab sich eine Änderung der politischen Zuständigkeit für die Wiener Stadtwerke, da der amtsführende Stadtrat Rudolf Edlinger in die Bundesregierung berufen wurde. Ihm folgte Brigitte Ederer als Finanzstadträtin nach. In der Geschäftsleitung der Wiener Stadtwerke gab es eine Änderung bei der BESTATTUNG WIEN: Direktor Dr. Alfred Wurst trat mit 31. Dezember 1996 in den Ruhestand. Ihm folgte Dkfm. Mag. Arno Molinari als Direktor nach.

Beteiligungen

Die Wiener Stadtwerke sind per 31. Dezember 1997 an folgenden Unternehmen beteiligt:

AG der Wiener Lokalbahnen, Austria Ferngas GmbH, Einkaufsgenossenschaft der Österreichischen Elektrizitätswerke, ENCOM GmbH, EnergieComfort GmbH, Entsorgungsbetriebe Simmering GmbH, Fernwärme Wien GmbH, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener Stadtwerke mbH, Gemeinschaftskraftwerke Stein GmbH, Importkohle GmbH, Leopold Wolf & Co, Lischkar & Co GmbH, Österreichische Donaukraftwerke AG, Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG, Österreichische Erdgaswirtschaft GmbH, Payer, Schmutzer & Co GmbH, Tauernkraftwerke AG, Teerag Asdag AG und Wiener Stadtwerke Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH.

Wirtschaftliches Umfeld

Wie in anderen EU-Ländern gewann in Österreich der Konjunkturaufschwung im Jahr 1997 an Dynamik und Breite. Das Wachstum erreichte real 2,5 Prozent gegenüber 1,6 Prozent im Vorjahr.

Der Warenexport bildete dabei den Konjunkturmotor. Er profitierte von steigender Nachfrage in Europa sowie von einer verbesserten preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit. Zudem stabilisierte sich die inländische Konsumnachfrage.

Die wirtschaftliche Prognose für die nächsten zwei Jahre geht auf Grund weiter verbesserter internationaler Rahmenbedingungen und einem sich dynamisch entwickelnden Außenhandel von einer Beschleunigung des Wachstums von 2,7 bzw. 3,0 Prozent aus.

Energiewirtschaftliches Umfeld

Die österreichische Stromerzeugung betrug im Berichtsjahr 56,8 Terawattstunden, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 3,6 Prozent bedeutet. Auf Grund der vorherrschenden günstigen Bedingungen stammt dieser Zuwachs zum Großteil aus einer Zunahme der hydraulischen Stromproduktion.

Im Jahr 1997 wurde der politische Diskussionsprozeß zur Begutachtung der Gesetzentwurfsvorschläge des EL-WOG (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz) zur Neuordnung und Liberalisierung der österreichischen Energiewirtschaft im Sinne der EU-Elektrizitätsrichtlinie eingeleitet.

Der Verbrauch von Erdgas betrug im Berichtsjahr in Österreich 7.439 Millionen m³ (- 4,2 % gegenüber 1996). Dieser Rückgang ist auf einen witterungsbedingten Minderverbrauch zurückzuführen, welcher durch die weitere Ausbautätigkeit der Erdgasversorgung nicht ausgeglichen werden konnte.

Witterungsentwicklung

Im Berichtsjahr lag die Durchschnittstemperatur mit + 10,2° C um 1,3° C über dem Vorjahr und um 0,1° C über dem langjährigen Durchschnitt. Auf einen kalten Jänner folgte ein milder Februar, ebenso auf einen kalten Oktober ein warmer November und Dezember, so daß in Summe die Jahresdurchschnittstemperatur nahezu auf dem Niveau des langjährigen Mittelwertes lag. Dies wirkte sich entsprechend auf die Abgabemengen der Energieversorgungsunternehmen aus.

Primärenergiepreise

Der Durchschnittspreis für Rohöl der Sorte "Brent" schwankte am Rotterdamer Spotmarkt im Jahr 1997 innerhalb einer Bandbreite von 17,3 US\$ und 23,5 US\$. Im Jahresdurchschnitt verminderte sich der Preis gegenüber dem Vorjahr um 1,5 US\$ auf 19,2 US\$.

Die Erdgas-Bezugspreise vollziehen diese Entwicklung zeitversetzt nach, denn Rohölpreise stellen eine wichtige Basketgröße bei der Preisgestaltung von Erdgas dar.

Leistungsdaten

Der geringe Anstieg des Stromverkaufes um 0,4 Prozent ergibt sich durch Zuwächse bei Industriekunden, die durch witterungsbedingte Rückgänge bei Nachtstromspeicherheizungen abgeschwächt wurden.

Beim Gasverkauf mußte auf Grund der durchschnittlichen Heizperiode im Vergleich zur kalten Witterung des Vorjahres ein Rückgang um 8,6 Prozent verzeichnet werden.

Bei den Fahrgästen ergab sich durch Zuwächse beim Verkauf der Jahresnetzkarte sowie der Einführung der Studentenkarte im Wintersemester 1997/98 eine Steigerung im Ausmaß von insgesamt 0,3 Prozent.

Der österreichweite Trend einer sinkenden Sterblichkeit setzte sich im Rückgang der Bestattungsdienstleistungen mit 5,2 Prozent weiter fort.

Entwicklung der Umsatzerlöse

1997 verzeichneten die Wiener Stadtwerke einen Gesamtumsatz von 20.902 (1996: 21.564) Millionen Schilling. Davon entfielen auf WIENSTROM 12.266 (1996: 12.520) Millionen Schilling, auf WIENGAS 4.123 (1996: 4.524) Millionen Schilling, auf die WIENER LINIEN 3.838 (1996: 3.817) Millionen Schilling und auf die BESTATTUNG WIEN 675 (1996: 703) Millionen Schilling.

Die Veränderungen der Leistungsdaten in den vier Geschäftsfeldern korrespondieren mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, allerdings zusätzlich verstärkt durch jene tarifliche Maßnahmen, welche die Wiener Stadtwerke 1997 gesetzt haben:

Mit Wirkung 1. Dezember erfolgt bei WIENGAS die Verrechnung des Gasverbrauches nach einem neuen Tarifsystern, das vor allem das Heizen mit Gas verbilligt.

WIENSTROM führte per 1. September eine Strompreissenkung für Großkunden durch. Weitere Maßnahmen umfassen u.a. preisliche Anreize für einen gleichmäßigen Stromverbrauch.

Die WIENER LINIEN bieten seit 1. Oktober eine vergünstigte Netzkarte für die Wiener Studenten an.

Ertragsstruktur

In einer zusammengefaßten Gewinn- und Verlustrechnung leitet sich der Bilanzverlust wie folgt ab:

Betriebserträge 27.304 Millionen Schilling – Betriebsaufwendungen 28.121 Millionen Schilling = Betriebsergebnis – 817 Millionen Schilling + Finanzergebnis 340 Millionen Schilling = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit – 477 Millionen Schilling + Ertragssteuern 5 Millionen Schilling = Jahresfehlbetrag – 482 Millionen Schilling + Rücklagenbewegung – 136 Millionen Schilling + Verlustvortrag – 479 Millionen Schilling = Bilanzverlust – 1.097 Millionen Schilling.

Das verbesserte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit resultiert aus zwei gegenläufigen Entwicklungen: Im Betriebsbereich ist der Rückgang auf geringere Umsatzerlöse sowie auf die außerplanmäßigen Abschreibungen (Kraftwerk Freudenu, Gaszähler) zurückzuführen. Demgegenüber steht das deutlich verbesserte Finanzergebnis, welches auf den Verkauf von Aktien der Bank Austria AG und generell erhöhten Zinsen basiert. Die Bilanzsumme ist von 101.209 Millionen Schilling auf 103.561 Millionen Schilling im Berichtsjahr gestiegen. Die Zunahme des Anlagevermögens um 2.216 Millionen Schilling auf 90.397 Millionen Schilling (87,3 %) ist auf die weiterhin hohen Investitionen im U-Bahn-Bau zurückzuführen.

Infolge der Rücklagenzuführung erhöhte sich das Eigenkapital von 72.161 Millionen Schilling um 1.798 Millionen Schilling auf 73.959 Millionen Schilling (71,4 %).

Investitionen

Die Wiener Stadtwerke investierten im Berichtsjahr insgesamt 5.975 (1996: 5.967) Millionen Schilling. Davon entfielen auf WIENSTROM 1.956 (1996: 1.869) Millionen Schilling, auf WIENGAS 695 (1996: 292) Millionen Schilling, auf die WIENER LINIEN 3.312 (1996: 3.792) Millionen Schilling und auf die BESTATTUNG WIEN 12 (1996: 14) Millionen Schilling. Damit konnte das Investitionsvolumen gegenüber dem Vorjahr trotz Rückganges beim U-Bahn-Bau auf hohem Niveau gehalten werden.

Personal

Per 31. Dezember 1997 waren bei den Wiener Stadtwerken 15.086 (1996: 15.222) Personen beschäftigt. Davon entfielen auf WIENSTROM 4.196 (1996: 4.221), auf WIENGAS 1.366 (1996: 1.381), auf die WIENER LINIEN 8.868 (1996: 8.963), auf die BESTATTUNG WIEN 462 (1996: 456) und auf die Zentralverwaltung einschließlich Generaldirektion 194 (1996: 202) Personen. Der Stand an Pensionsparteien verringerte sich von 12.389 im Jahr 1996 auf 12.209 im Berichtsjahr.

Lehrlinge

Ende 1997 standen bei den Wiener Stadtwerken insgesamt 312 (1996: 292) Lehrlinge in Ausbildung, was eine Zunahme um 20 Lehrlinge bedeutet. Damit leisten die Wiener Stadtwerke einen bedeutenden Beitrag zur Jugendbeschäftigung und zur Ausbildung von Fachpersonal für die verschiedensten Unternehmensbereiche.

Datenverarbeitung

Im Netzwerk der Wiener Stadtwerke werden derzeit rund 2.000 PCs und 800 Datensichtgeräte mit angeschlossenen Druckern betreut, wobei auf Grund der Automatisierung und der eingesetzten Managementtools ein hoher Sicherheitsstandard gegeben ist.

Kundeninformations- und -abrechnungssysteme zu bestmöglicher Betreuung der 1,3 Millionen Strom- und rund 700.000 Gaskunden, interne Verrechnungssysteme für rund 15.000 Bedienstete und technische Datenbanken für

Versorgungsnetze erfordern die permanente Verfügbarkeit von rund 470 Gigabyte Speicherkapazität und eine Rechnerleistung von 132 MIPS der beiden Mainframe-Rechner im Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke.

Anwendungen des Intranet, der Zugang zu Internet, eine weitestgehend einheitliche Hard- und Softwaretechnologie und der Auf- und Ausbau einer durchgängigen Kommunikationsplattform im Unternehmen schafft rasche und ortsunabhängige Verfügbarkeit von Informationen.

Schulungs- und Ausbildungszentrum

Das Schulungs- und Ausbildungszentrum der Wiener Stadtwerke (SAZ) ist im Jahr 1997 auf einen EDV-gestützten Schulungsbetrieb umgestiegen. Dies eröffnet die Möglichkeit einer umfangreichen Dokumentation und statistischen Auswertung der Schulungstätigkeit.

1997 haben 4.752 MitarbeiterInnen der Wiener Stadtwerke sowie 7 Externe an 7.518 Bildungstagen insgesamt 662 Veranstaltungen des SAZ besucht.

Im Berichtsjahr wurden im SAZ im Hinblick auf das Wiener Gleichbehandlungsgesetz und die daraus resultierenden Frauenförderungspläne erstmals Seminare speziell für Frauen im Unternehmen angeboten.

Energiekoordinierung

Seit der Gründung im Jahr 1972 hat der Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE) bis Ende 1997 in 334 Sitzungen 6.845 Empfehlungen für die Energieversorgung von Bauvorhaben mit einem Gesamtanschlußwert von fast 8.000 Megawatt beschlossen. Von dem genannten Anschlußwert entfallen insgesamt rund 60 Prozent auf Fernwärme, 39 Prozent auf Erdgas und jeweils 0,5 Prozent auf Strom und sonstige Brennstoffe.

Für alle 1997 im AKE behandelten Bauvorhaben bzw. Heizungsumstellungen konnte eine umweltfreundliche leitungsgebundene Energieversorgung angeboten werden. Der AKE hat somit an der im Energiekonzept der Stadt Wien geforderten Substitution von festen und flüssigen Brennstoffen durch Fernwärme und Erdgas erheblich mitgewirkt, die Anteile der emissionsarmen leitungsgebundenen Energieträger zu Lasten von Heizöl und festen Brennstoffen zu erhöhen.

Anlässlich des 25jährigen Bestehens des AKE hat Generaldirektor Dr. Karl Skyba im Rahmen einer Festveranstaltung den 32 ehemaligen und 15 aktiven AKE-Mitgliedern seinen Dank für ein Vierteljahrhundert Energiekoordinierung in Wien ausgesprochen.

Neues Wiener Energiekonzept

Im Auftrag der zuständigen politischen Gremien haben die Wiener Stadtwerke im Laufe der Jahre 1996 und 1997 eine 3. Fortschreibung des Energiekonzeptes der Stadt Wien ausgearbeitet. Die redaktionelle Gesamtleitung oblag wie in den vergangenen Jahren dem Energiereferat der Generaldirektion.

Unter Mitwirkung von WIENSTROM, WIENGAS, FERNWÄRME WIEN, WIEN ENERGIE, WIENER LINIEN und der Firma ENCOM konnten die Arbeiten im Herbst 1997 abgeschlossen werden. Im Rahmen der anschließenden magistratsinternen Abstimmung wurden Vorschläge und Anregungen der Stadtverwaltung und der Wiener Umweltschutzgesellschaft in die Rohfassung des neuen Energiekonzeptes eingearbeitet.

Die 3. Fortschreibung des Energiekonzeptes der Stadt Wien mit dem Titel "Energie als Dienstleistung – Ressourcenschonung in einem geöffneten Markt" wird im März 1998 dem Wiener Gemeinderat vorgelegt.

Auf 140 Seiten geben die Umwelt-, Energie- und Verkehrsexperten der Stadt Wien eine umfassende Darstellung der Wiener Energiesituation, wobei hier vor allem der Raumwärmemarkt im Mittelpunkt steht, da dort – neben dem Verkehr – die größten Entlastungspotentiale für die Umwelt liegen.

Diese 3. Fortschreibung zeigt die Entwicklung hin zu einem Energiemarkt, auf dem sowohl den Wünschen der BürgerInnen nach Umweltschutz als auch der Befriedigung der Kundenbedürfnisse mit den Zielsetzungen „Schonung von Umwelt und Ressourcen“, „Rationeller und sparsamer Umgang mit Energie“, „Sichere, preis- und bedarfsgerechte Versorgung“, „Soziale Verträglichkeit und zufriedene KundInnen“, „Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit“ Rechnung getragen wird.

WIEN ENERGIE

WIEN ENERGIE, die gemeinsame Initiative von WIENSTROM, WIENGAS und FERNWÄRME WIEN bietet der Wiener Bevölkerung eine objektive, kompetente und kostenlose Energieberatung an. WIEN ENERGIE ist daher der Partner für alle Energiefragen und Lieferant maßgeschneiderter Lösungen.

Seit der Gründung im Jahr 1985 wurden über 122.500 Interessenten beraten.

Mit der Eröffnung des neuen Ausstellungs-, Beratungs- und Veranstaltungszentrums, dem Haus WIEN ENERGIE, beschreitet WIEN ENERGIE neue Wege in der Kommunikation mit den KundInnen der Wiener Stadtwerke.

1997 wurden 14.000 Energieberatungen durchgeführt, davon 56 Prozent über leitungsgebundene Energieträger, 34 Prozent über Sanierungsmaßnahmen und Energiesparmöglichkeiten und 10 Prozent EDV-gestützte Berechnungen über Heizlast und Heizkosten. Weiters wurden 10.100 Haushaltsberatungen durchgeführt, wovon 28 Prozent über Küchengeräte, 13 Prozent über Wäschepflege, 24 Prozent über Heiz- und Warmwassergeräte und 35 Prozent über Tarife, Licht und Sonstiges erfolgten.

WIEN ENERGIE war im Berichtsjahr auf folgenden Veranstaltungen vertreten: Energiesparmesse Wels, Bauen und Wohnen Wien, Senior aktuell Wien, Veranstaltungsserie „Konsumententag“ in sieben Wiener Einkaufszentren.

Haus WIEN ENERGIE

Das Haus WIEN ENERGIE in der Mariahilfer Straße 63 öffnete am Samstag, den 27. September 1997 seine Pforten. In der größten interaktiven Energieausstellung Mitteleuropas bieten WIENSTROM, WIENGAS und FERNWÄRME WIEN moderne Energieberatung mit Erlebnischarakter.

Was ist das Haus WIEN ENERGIE?

Energie ist zwar das meistverwendete Produkt, wird jedoch am wenigsten wahrgenommen. Das Haus WIEN ENERGIE macht Energie zum Thema. Ressourcenschonung, effizienter Energieeinsatz und neue Technologien sind Fragen, deren Diskussion nur auf der Basis eines entsprechenden Wissensstandes sinnvoll ist.

Das Haus WIEN ENERGIE soll hier zum Informations- und Diskussionszentrum werden. Neben Ausstellungen und Beratungen ist auch ein Veranstaltungsbereich aufgebaut – als Forum für den Dialog mit Energie.

Die Energie-Erlebniswelt

Für Eltern mit Kindern, aber vor allem für Schulklassen bietet das Haus WIEN ENERGIE eine interessante Begegnung mit dem Thema Energie. Über eine Brücke betritt man das Haus. Ein Wasserfall symbolisiert jene erneuerbare, umweltfreundliche Energiequelle, aus der Österreich 70 Prozent des elektrischen Stromes erzeugt. Der Rundgang durch die interaktive Ausstellung beginnt mit Blitz und Donner. Unser Planet Erde erscheint in einem Hologramm. In der Folge wird unter dem Motto „Der weite Weg“ gezeigt, welche Energiequellen wir nutzen und wieviel technischer Aufwand nötig ist, um die Energie in jeden einzelnen Haushalt zu bringen.

„Tips mit Grips“

Durch den Standort in einer der meistfrequentierten Einkaufsstraßen der Stadt kommt WIEN ENERGIE zu den Kunden. Die bisherigen dislozierten Beratungsstellen der Energieunternehmen werden nun an der neuen, attraktiven Adresse konzentriert. Wer Energieberatung möchte, erhält kompetente „Tips mit Grips“ über Strom, Gas und Fernwärme im Haus WIEN ENERGIE.

Chronik

Jänner

Am 24. Jänner erfolgt die gewerberechtliche Genehmigung für die Kernzone im Gaswerk Leopoldau.
Vor 100 Jahren, am 28. Jänner 1897, nahm die erste „Elektrische Straßenbahn“ ihren Betrieb auf.

März

Am 10. März erfolgte der Tunnelanschlag für die erste der beiden neuen Tunnelröhren für die U3 im Bauabschnitt „Zippererstraße“ im Zuge der Verlängerung der Linie nach Simmering.

In der Wiener Börse wird am 12. März das Wiener Energieforum 1997 zum Thema „Energiefalle Mobilität“ veranstaltet.

Am 19. März werden die beiden neuen Stiegenaufgänge sowie die Personenaufzüge in der U4-Station Schönbrunn in Betrieb genommen.

April

Am 25. April wurde die neugestaltete Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Hirschstetten wieder in Betrieb genommen.

Mai

Für die Erneuerung der 110-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Leopoldstadt erfolgte am 23. Mai der Baubeginn.
Am 24. Mai wurde die alte 110-kV-Schaltanlage im Umspannwerk Gresten stillgelegt.

Juli

Die BESTATTUNG WIEN feierte am 1. Juli ihr 90jähriges Bestandsjubiläum
Auf der Wiener Donauinsel begann am 1. Juli der Probetrieb für die Windkraftanlage.

August

Am 4. August wurde zwischen OMV AG, Austria Ferngas und den Landesgesellschaften ein Inlandgasvertrag mit einer Laufzeit von 10 Jahren unterzeichnet. Die Wiener Stadtwerke erhalten aus diesem Vertrag eine Jahresmenge von 280 Millionen m³ Erdgas aus der Inlandsförderung.

September

Am 1. September begann der Probebetrieb für Rufbusse auf zwei Linien im 22. Wiener Gemeindebezirk.

Ebenfalls am 1. September nahm das ASTAX (Anrufsammeltaxi) seinen Probebetrieb auf. Nach 21 Uhr wird die Autobuslinie 99B in der Donaustadt durch Anrufsammeltaxis ersetzt.

Am 20. September fand ein großer Tramwaykorso anlässlich der Abschlußveranstaltung „100 Jahre Elektrische Straßenbahn in Wien“ statt.

Die nachgerüstete DENOX-Anlage im Block 1 / 2 des Kraftwerkes Simmering wurde am 24. September in Betrieb genommen.

Am 27. September wurde das Haus WIEN ENERGIE eröffnet.

Oktober

Die neue Erdgas-Haupttransportleitung von Auersthal nach Leopoldau wurde am 1. Oktober in Betrieb genommen.

Die Autobuslinie 34A nahm am 27. Oktober den Betrieb zwischen U4 Heiligenstadt und dem neuen Amtshaus Muthgasse in Döbling auf.

Am 31. Oktober erfolgte der Spatenstich für die Errichtung der Kernzone, die Zentralwerkstätte und das Zentrallager auf dem Gelände des Gaswerkes Simmering.

November

Im Umspannwerk Gresten wurde am 5. November die neue 110-kV-Freiluftschaltanlage in Betrieb genommen.

Am 6. November wurde das erste Gerät zur Funkablesung des Gaszählerstandes bei einem Industriekunden von WIENGAS installiert.

Am 25. November wurden die ersten Serienfahrzeuge der Niederflurstraßenbahn ULF an die WIENER LINIEN ausgeliefert.

WIENSTROM

Stromaufbringung

Die gesamte Stromaufbringung betrug im Berichtsjahr 9.702,9 Gigawattstunden (1996: 9.712,2 GWh). Davon entfiel auf die kalorischen Kraftwerke 3.990,2 GWh (1996: 4.202,4 GWh), auf Co-Generation-Anlagen 45,6 GWh (1996: 2,6 GWh), auf eigene Wasserkraftwerke 112,6 GWh (1996: 106,7 GWh), auf die Windkraftanlage Donauinsel 0,1 GWh, auf Bezugsrechte an den Donaukraftwerken Greifenstein und Freudenau 216,7 GWh (1996: 206,4 GWh) sowie auf den Fremdstrombezug 5.337,7 GWh (1996: 5.194,1 GWh).

Der Anteil der Eigenerzeugung an der Gesamtstromaufbringung betrug im Berichtsjahr 45 Prozent (1996: 46,5 %). Gegenüber 1996 konnten im Berichtsjahr auf Grund der guten Wasserführung der Donau seitens der Verbundgesellschaft wieder höhere Sonderlieferungen angeboten werden, so daß sich der Anteil der kalorischen Stromerzeugung entsprechend verringert hat.

Der Anteil von WIENSTROM am gesamtösterreichischen Strombedarf betrug im Berichtsjahr 17,1 Prozent.

Die Jahreshöchstlast 1997 betrug 1.753 Megawatt (1996: 1.711 MW).

Zur Strom- und Fernwärmeerzeugung wurden von WIENSTROM im Berichtsjahr 192.952 t Heizöl (1996: 141.013 t) und 844 Millionen m³ Erdgas (1996: 964 Millionen m³) eingesetzt. Damit erhöhte sich der Heizölanteil von 14,1 Prozent im Jahr 1996 auf 20,5 Prozent im Berichtsjahr. Im gleichen Ausmaß verringerte sich der Erdgasanteil von 85,9 auf 79,5 Prozent.

Stromabgabe

An Tarifkunden von WIENSTROM wurden 1997 insgesamt 4.329,7 GWh (1996: 4.411,3 GWh) Strom abgegeben. An die Sonderabnehmer wurden 4.691,9 GWh (1996: 4.575,4 GWh) geliefert. Die gesamte Stromabgabe erhöhte sich von 8.986,7 GWh 1996 auf 9.021,6 GWh 1997.

Fernwärmeabgabe

Die Fernwärmeabgabe aus den Kraft-Wärme-Kupplungen von WIENSTROM in das Netz der FERNWÄRME WIEN verringerte sich witterungsbedingt von 2.776,9 GWh 1996 auf 2.753,7 GWh im Berichtsjahr.

Ende 1997 waren im Versorgungsgebiet 1.396.715 Stromzähler installiert (1996: 1.387.787).

Aktivitäten auf dem Kraftwerkssektor

Im Kraftwerk Simmering wurde der Block 1 / 2 mit einer Entstickungsanlage nachgerüstet. Die Blöcke 4 und 5 wurden stillgelegt und mit den Rückbauarbeiten wurde begonnen.

Für die Errichtung eines neuen Kombiblockes im Kraftwerk Donaustadt wurde der Auftrag an einen Generalplaner vergeben sowie die Erstellung von 15 Einzelgutachten veranlaßt, da dieses Projekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden muß.

Auf dem Gelände der Firma Semperit in Traiskirchen wurde eine Co-Generation-Anlage in Betrieb genommen.

Auf der Wiener Donauinsel in der Nähe des Einlaufbauwerkes Langenzersdorf wurde eine Windkraftanlage errichtet und probeweise in Betrieb genommen.

Leitungsnetz

Das Leitungsnetz von WIENSTROM wies Ende 1997 eine Länge von insgesamt 21.549,7 km (1996: 21.325,3 km) auf. Davon waren 17.780,7 km Kabel und 3.769 km Freileitungen.

Im 380-kV-Netz erfolgte im Berichtsjahr die Revision von 3 Kabelsystemen sowie die Revision aller Kühlrohrsysteme. Für die Nordeinspeisung wurden Planungsarbeiten weitergeführt.

Im 110-kV-Netz wurde die Kabellegung zwischen dem Kraftwerk Freudenau und dem Umspannwerk Kaiserebersdorf abgeschlossen. Nach einem starken Hochwasser im Frühjahr mußten Schäden an der Kabeltrasse Umspannwerk Baden – Umspannwerk Enzesfeld – Umspannwerk Traiskirchen repariert werden.

Das City-Netz von WIENSTROM wurde weiter ausgebaut.

Umspannwerke

Im UW Gresten wurde mit den Bauarbeiten für die Erneuerung der 110-kV-Freiluftschaltanlage begonnen.

Im UW Kaiserebersdorf wurden die 110-kV-Kabelschaltfelder für den Energieabtransport des Kraftwerkes Freudenau fertiggestellt.

Für das UW Leopoldau wurde ein neues 110-kV-Gebäude errichtet.

Telekommunikation

Mit der Erstellung des Verwaltungsübereinkommens über die Errichtung und des Betriebes des Citynetzes für den Magistrat und den Krankenanstaltenverbund im Dezember 1995 wurden nach einjähriger Verhandlung und einem einfach konfigurierten Probetrieb sowohl der Zeitpunkt der Inbetriebnahme als auch die Erlössituation festgelegt. Bis zum Ende des Jahres 1997 konnten von WIENSTROM alle im Übereinkommen festgelegten Standorte des Magistrates an das Citynetz angeschlossen werden.

Im Zuge des Ausbaues des neuen Datenübertragungsnetzes von WIENSTROM wurden 62,6 km Lichtwellenleiter-Rohre verlegt. Außerdem wurden mehrere Dienststellen von WIENSTROM, WIENGAS, der BESTATTUNG WIEN, das neue Haus WIEN ENERGIE sowie 16 Betriebsbahnhöfe der WIENER LINIEN an das Datenhochleistungsnetz angeschlossen.

Für das Citynetz wurden 17 und für Privatkunden 38 LWL-Verbindungen hergestellt. Für max.mobil wurden 6 LWL-Standorte geschaffen.

WIENGAS

Erdgasbezug

Im Jahr 1997 hat WIENGAS 220,9 Millionen m³ (1996: 254,5 Millionen m³) aus inländischer Förderung, 1.382,0 Millionen m³ (1996: 1.800,6 Millionen m³) aus Rußland und 80,7 Millionen m³ (1996: 61,7 Millionen m³) aus Norwegen bezogen.

In die Untertagespeicher wurden 1997 311,3 Millionen m³ (1996: 615,9 Millionen m³) Erdgas eingepreßt. Entnommen wurden 452,2 Millionen m³ (1996: 537,3 Millionen m³), so daß per 31. Dezember 1997 insgesamt 455,3 Millionen m³ (1996: 596,2 Millionen m³) Erdgas mit einem Gesamtwert von 566,4 Millionen Schilling (1996: 698,0 Millionen Schilling) in den Untertagespeichern gelagert sind.

Erdgasabgabe

An Tarifkunden wurden 1997 insgesamt 730,1 Millionen m³ (1996: 813,7 Millionen m³) Erdgas abgegeben. Die Abgabe an Großkunden verringerte sich von 255,7 Millionen m³ im Jahr 1996 auf 247,5 Millionen m³ im Berichtsjahr. Die gesamte Gasabgabe betrug 977,6 Millionen m³ (1996: 1.069,4 Millionen m³).

Der Anteil von WIENGAS an der gesamtösterreichischen Erdgasabgabe betrug 1,31 Prozent (ohne Erdgaseinsatz bei WIENSTROM).

Aktivitäten in den Dienststellen

In der Dienststelle Simmering wurden die Umbauarbeiten an der ehemaligen Schmiede zum neuen Qualitätssicherungslabor abgeschlossen. Der Umbau der Großregelstation wurde fortgeführt. Mit Vorarbeiten zur Errichtung der Zentralwerkstätte wurde begonnen.

In der Dienststelle Leopoldau wurde der Behälter 5 abgebrochen. Für die Errichtung der Kernzone wurden diverse Arbeiten durchgeführt. Für die Modem-Verbindung zwischen den Dienststellen Simmering und Leopoldau wurden Installationsarbeiten durchgeführt.

In der Prüf- und Versuchsanstalt wurden 175 Gasgeräte und Armaturen überprüft. Im gesamten Rohrnetz wurden 462 Gasproben entnommen und analysiert.

Rohrnetz

Das Rohrnetz von WIENGAS wies Ende 1997 eine Gesamtlänge von 3.322,7 km (1996: 3.334,5 km) auf. Der Rückgang ist auf eine statistische Bereinigung der Leitungsdaten zurückzuführen.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 49.882 m Rohrnetz neu verlegt (1996: 40.082 m).

Gewechselt wurden 1997 insgesamt 57.276 m (1996: 71.379 m).

Im Versorgungsgebiet waren 1997 insgesamt 724.485 Gaszähler montiert (1996: 725.415).

WIENER LINIEN

Betriebsleistungen

Die WIENER LINIEN haben 1997 insgesamt 698,7 Millionen Fahrgäste befördert, um 0,3 Prozent mehr als 1996 (696,5 Millionen).

Davon entfielen auf die Straßenbahn 211,8 Millionen, auf die U-Bahn 375,7 Millionen und auf den Autobus 111,2 Millionen.

Im Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) wurden 1997 insgesamt 762,7 Millionen Fahrgäste befördert. Der Anteil der WIENER LINIEN betrug 91,1 Prozent.

Die Nutzkilometerleistung erhöhte sich von 107,4 Millionen 1996 auf 108,7 Millionen im Berichtsjahr.

Die Platzkilometerleistung war 1997 ebenfalls höher als ein Jahr zuvor: 1997 13.881,0 Millionen gegenüber 13.697,0 Millionen 1996.

Die Zunahme der Kilometerleistung ist vor allem auf den ganzjährigen Betrieb der Linie U6 bis Floridsdorf zurückzuführen.

Straßenbahn

1997 gab es 33 Straßenbahnlinien mit einer Gesamtlängelänge von 237,0 km und 1.147 Haltestellen.

Der Fuhrpark umfaßte 549 Triebwagen, 428 Beiwagen und einen Niederflurtriebswagen.

In der Wiedner Hauptstraße wurde eine sogenannte "Zeitinsel" bei der Haltestelle Mayerhofgasse eingerichtet. Dabei handelt es sich um eine Lichtsignalanlage, die dem nachfolgenden Fahrzeugverkehr mittels zugesteuerten Signalen „Halt“ zeigt, wenn sich ein Zug in der Haltestelle befindet. Dadurch soll ein sicherer und rascher Fahrgastwechsel ermöglicht werden.

Bei den Linien N, D, 5, 10, 31, 33, 43, 49, 58, 60 und 71 wurden Haltestellenkaps, Haltestelleninseln und befahrbare Haltestellenaufdopplungen errichtet.

U-Bahn

1997 waren 5 Linien mit einer Gesamtlängelänge von 56,4 km und 79 Haltestellen in Betrieb.

Der Fuhrpark umfaßte 68 Niederflurtriebswagen der Serie T, 48 Triebwagen der Serie E6, 46 Beiwagen der Serie c6 sowie 253 Doppeltriebwagen der Serien U, U1 und U11.

8 Doppeltriebwagen wurden im Berichtsjahr angeschafft.

Auf verschiedenen Linien wurden taktile Bahnsteigwarn- und -leiteinrichtungen für Sehbehinderte hergestellt. Außerdem wurden in mehreren Stationen die Aufzugstaster mit tastbaren Zeichen nachgerüstet.

Für die Verlängerung der Linie U3 wurden die Rohbauarbeiten im Bauabschnitt Kendlerstraße fertiggestellt. Im Bauabschnitt Zippererstraße erfolgte der Tunnelanschlag. Im Bereich Ottakring bis Hütteldorfer Straße wurden die Gleisbauarbeiten beendet.

Auf der Linie U4 wurde in den Stationen Hietzing und Kettenbrückengasse mit dem Einbau von Aufzugsanlagen begonnen. In der Station Schönbrunn wurde der zweite Ausgang mit Personenaufzügen in Betrieb genommen. In Heiligenstadt wurde mit dem Bau der neuen Wendeanlage begonnen.

In Zusammenarbeit mit der Stadtplanung wurden Varianten für U-Bahn-Verlängerungen nach Leopoldau (U1) und Aspern (U2) untersucht.

Autobus

Der Autobusbetrieb umfaßte 1997 insgesamt 81 Linien (inkl. Nachtautobus) mit einer Gesamtlängelänge von 629,8 km und 3.095 Haltestellen.

Im Berichtsjahr wurden 8 Niederflur-Normalbusse und 24 Niederflur-Gelenkbusse angeschafft. Ausgeschieden wurden 21 Normalbusse und 20 Gelenkbusse.

Per Ende 1997 umfaßte der Autobusfuhrpark 183 Normalbusse, 132 Gelenkbusse, 21 Niederflur-Midibusse, 148 Niederflur-Normalbusse und 26 Niederflur-Gelenkbusse.

Anläßlich der längeren Geschäftsöffnungszeiten wurden die Betriebszeiten der Linien 1A, 2A und 3A an Samstagen bis etwa 19.00 Uhr verlängert.

Auf der Linie 24A erfolgte der Start eines Probetriebes für Rufbusse zwischen Breitenlee Ort und Invalidensied-

lung bzw. Teufelsfeldsiedlung sowie auf der Linie 67A zwischen Kolbegasse und Birostraße.

Probeweise wurde auch das Anrufsammeltaxi eingeführt, welches nach 21 Uhr die Linie 99B ersetzt.

Zentralwerkstätte

1997 wurden in der Zentralwerkstätte der WIENER LINIEN 953 Schienenfahrzeuge (1996: 994) und 3.164 Kraftfahrzeuge (1996: 2.806) repariert bzw. untersucht. Außerdem wurden 1.408 (1996: 1.616) Drehgestelle serviert.

In 75 Straßenbahntriebwagen wurde das integrierte Bordinformationssystem "IBIS" installiert. In 81 Straßenbahntriebwagen erfolgte der Einbau des rechnergesteuerten Betriebsleitsystems "RBL". 48 Drehgestelle wurden mit Schallschutzeinrichtungen ausgerüstet.

BESTATTUNG WIEN

Bestattungsleistungen

Der BESTATTUNG WIEN wurden 1997 insgesamt 22.096 Aufträge erteilt (1996: 23.313). Davon entfielen auf Erdbestattungen 12.279 (1996: 13.052), auf Feuerbestattungen 2.797 (1996: 2.859), auf Exhumierungen, Überführungen und diverse Leistungen 4.575 (1996: 4.980), auf Leistungen für andere Bestatter 1.799 (1996: 1.772) sowie auf Bestattungen auf Anordnung der Sanitätsbehörde 646 (1996: 650).

Sargerzeugung und -verkauf

Der Sargerzeugungsbetrieb erzeugte 1997 33.192 (1996: 35.931) Säрге. Davon wurden in Wien 19.282 Stück (1996: 20.303) und in den Bundesländern 14.669 (1996: 15.114) verkauft.

Fuhrpark

Der Fuhrpark der BESTATTUNG WIEN umfaßte 1997 18 Fourgons, 13 Glas- und Blumenwagen, 8 Konduktwagen sowie 15 sonstige Fahrzeuge.

Aufbahrungshallen

Am Friedhof Hirschstetten wurde die nach Plänen von Architekt Riccabona neu errichtete Aufbahrungshalle eröffnet.

Filialen

Im Berichtsjahr wurde die Filiale 4 im Zentralgebäude nach Adaptierungsarbeiten wieder für den Publikumsverkehr geöffnet.

Die Arbeiten an der Ausgestaltung eines Sarg-Ausstellungsraumes wurden nahezu abgeschlossen.

Bestattungsmuseum

1997 wurde das Wiener Bestattungsmuseum von 3.340 Personen (1996: 3.276) besucht.